



# DER LANDTAG

Die Parlamentszeitschrift für Schleswig-Holstein



Kita-Gesetz, Sprach-Tests, Mathe-Noten

## Blickpunkt Bildung

**Aktuelle Stunde**

Die Zitate  
des Jahres 2024

**Stunde Null**

Der Landtag 1946  
in Kiel-Hassee

**„Deutschstunde“**

Erinnerung an  
Siegfried Lenz

03 **Meldungen**

## Bildungspolitik

05 Kita-Reform beschlossen

06 Sprachtests, Fachkräftemangel

07 Mathe-Noten, Gratis-Essen

08 Medienkompetenz,  
Finanzbildung

09 Ganzttag, Bildungschancen

10 **Die Seiten für das  
Ehrenamt**

12 **Einfache Sprache:**  
Behinderten-Rechte

## Ausschüsse

13 Leseförderung, Cyber-  
sicherheit, Gerichtsreform

16 **Die Zitate des Jahres 2024**

18 „Das war dann mal weg“:  
Büroalltag früher

20 **Kalender 2025:**  
Sitzungen und  
weitere Termine

## Plenum

22 Haushalt 2025, E-Scooter-  
Mitnahme, Ausbau der  
Marschbahn, Schutz für  
Jesiden, Nachtragshaushalt,  
Werftenkrise, Olympia in  
Kiel, Halbzeit für Schwarz-  
Grün, Amtsführung von  
Ministerin Touré

27 **Personalien**

28 **Rückblick 1946 I:** Landtag  
trifft sich in Kiel-Hassee



Die schmucklose Aula der Pädagogischen Hochschule war vier Jahre lang Hauptsitz des Landtages.

32 **Rückblick 1946 II:**  
Bertha Schulze spricht als  
erste Frau im Landtag

33 **„Jugend im Landtag“:**  
Psychische Gesundheit  
und Digitalisierung

34 **Bürgerpreis:**  
Mensch und Tier

35 **Diskussion:** Braucht  
Deutschland ein Pflichtjahr?

36 **Bücher:** Gedenken  
an Siegfried Lenz,  
Buchtipps, Impressum

38 **Im Porträt:**  
Marc Timmer (SPD),  
Uta Röpcke (Grüne)

39 **Ins Bild gerückt:**  
Zu Besuch im Landeshaus

40 **Termine, Termine,  
Termine**

ZÄHLBARES

# 4,22

Das war die Durchschnittsnote  
der schriftlichen Mathematik-  
Abschlussprüfung beim  
Mittleren Schulabschluss  
im Schuljahr 2023/24.

Mehr auf Seite 7

## Der Schnappschuss

Bei „Jugend im Landtag“ am  
ersten Adventswochenende  
schien die tiefstehende Sonne  
in den Plenarsaal.

**Mehr zu der Veranstaltung  
auf Seite 33**



## Wortwörtlich

„Ein Ministerium, das offenbar per Telefon geführt wird oder durch Nachrichten, die sich im Zweifel praktischerweise selbst löschen: Man kann das für alberne Petitionen halten. Aber jede Führungskraft in der Landesverwaltung, die es mit der Aktenführung ähnlich entspannt sehen würde wie Ministerin Touré, würde zu Recht ein Problem bekommen.“  
(Niclas Dürbrook, SPD)

• • •

„Die Entscheidung der Ministerin, dass die ehemalige Staatssekretärin gehen musste, war richtig, wichtig und erforderlich. (...) Ihr Ansinnen, dass hier 69 Kolleginnen und Kollegen entrüstet den Zeigefinger gegen die Ministerin erheben, machen wir nicht mit.“  
(Marion Schiefer, CDU)

• • •

„Die Trennung von einer Staatssekretärin muss nicht begründet werden. (...) Man muss die Dinge, die aktenrelevant sind, verakten. Aber nicht alles ist aktenrelevant.“  
(Lasse Petersdotter, Grüne)

• • •

„Es geht hier nicht darum, dass hier kleine Petitionen veranstaltet worden sind, sondern es geht darum, dass man mit Dokumentation und Transparenz wesentliche Vorgänge der Verwaltung nachprüfbar abzulegen hat.“  
(Bernd Buchholz, FDP)

• • •

„Automatische LösCHFunktionen auf Handys sollte man lieber nicht nutzen, sondern zumindest die Teile der Kommunikation, die aktenrelevant sein könnten, auch entsprechend zur Akte nehmen. Es hat hier Versäumnisse gegeben, und wir erwarten, dass solche Versäumnisse nicht wieder vorkommen.“  
(Lars Harms, SSW)

• • •

„Das Thema hat in 14 Ausschusssitzungen eine Rolle gespielt. Ich, meine Staatssekretärinnen und weitere Mitarbeiterinnen haben dem Ausschuss Rede und Antwort gestanden. Mein Haus und ich haben zu jedem Zeitpunkt des Verfahrens die Fragen des Ausschusses beantwortet und mehr als 3.000 Seiten Akten zur Verfügung gestellt.“  
(Sozialministerin Aminata Touré, Grüne)

Aus der Debatte über einen Missbilligungsantrag der Opposition gegen Sozialministerin Aminata Touré (Grüne) am 1. Dezember. SPD, FDP und SSW werfen ihr vor, ihre Kommunikation bezüglich des Ausscheidens von Staatssekretärin Marjam Samadzade im Oktober 2023 nur lückenhaft dokumentiert zu haben. CDU und Grüne wiesen den Antrag zurück.  
Mehr Zitate auf den Seiten 16 und 17

## Liebe Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteiner!

Das Jahr 2024 geht zu Ende. Gerade in der Weihnachtszeit sehnen wir uns nach einem besinnlichen Jahresausklang und einem fröhlichen Miteinander mit Familie und Freunden. Und das ist wichtig. Denn auch 2024 wurden viele Menschen, die auf Frieden gehofft haben, enttäuscht. Unterdrückung, Verfolgung und Krieg bedrohen aktuell so viele Menschen auf der Welt wie selten zuvor. Das sind bedrückende Aussichten, und gerade in der Weihnachtszeit sind unsere Gedanken vor allem bei den Menschen, die mit Sorge in die Zukunft schauen.

Es zeigt sich leider, dass viele Menschen einander nicht mehr zuhören. Viele sprechen ihrem Gegenüber den guten Willen ab, viele fühlen sich von der Gesellschaft und der Politik ausgeschlossen und nicht gehört. Genau das aber macht uns als Demokratie doch aus: einander zuhören und versuchen, einander zu verstehen, einander guten Willen unterstellen und miteinander Lösungen finden. Lassen Sie uns die nun kommende Zeit dafür nutzen,

das wieder stärker zu beherzigen und in die Tat umzusetzen. Wir leben in Freiheit, Selbstbestimmung, in Wohlstand und Demokratie. Das ist es, was uns stark macht und was zählt.

Ich wünsche Ihnen allen ein gesegnetes Weihnachtsfest und ein gutes, gesundes, erfülltes und friedliches neues Jahr!



**Kristina Herbst, Präsidentin des Schleswig-Holsteinischen Landtages**



Die vollständige Ansprache ist auf der Website [www.sh-landtag.de](http://www.sh-landtag.de) zu finden – in schriftlicher Form und als Video.

## Vor der Bundestagswahl: Auch Ex-Landtagsabgeordnete kandidieren

Bei der Bundestagswahl am 23. Februar kandidieren zahlreiche ehemalige Landtagsabgeordnete für einen Sitz im Berliner Reichstag.

**CDU:** Die ehemalige Landtagsabgeordnete **Petra Nicolaisen** kandidiert direkt im Wahlkreis 1 (Flensburg-Schleswig) und steht auf Listenplatz 2. Der ehemalige Fraktions- und Landesvorsitzende **Johann Wadephul** ist Direktkandidat im Wahlkreis 4 (Rendsburg-Eckernförde) und hat Listenplatz 1.

**Grüne:** Der ehemalige Landtagsfraktionschef und Landesumweltminister **Robert Habeck** ist Direktkandidat im Wahlkreis 1 (Flensburg-Schleswig) und steht auf Listenplatz 2. Die Ex-Landtagsabgeordnete **Luise Amtsberg** kandidiert im Wahlkreis 5 (Kiel) und steht auf Platz 1 der Liste.

**SPD:** Der langjährige Fraktionschef im Landtag, **Ralf Stegner**, kandidiert im Wahlkreis 7 (Pinneberg) und hat Platz 3 der Liste. Die Ex-Abgeordnete **Katrin Fedowitz** steht auf Listenplatz 12.

**FDP:** Der langjährige Fraktionsvorsitzende im Landtag, **Wolfgang Kubicki**, steht auf Listenplatz 1 und ist Direktkandidat im Wahlkreis 4 (Rendsburg-Eckernförde).

**AfD:** Der Ex-Landtagsabgeordnete **Volker Schnurrbusch** hat Listenplatz 3.

Weitere Personalien: Seite 27

## Harms und Kumbartzky scheiden aus – insgesamt 40 Jahre Parlamentserfahrung

**Mit Lars Harms und Oliver Kumbartzky haben im Dezember zwei Urgesteine Abschied vom Landtag genommen. Beide legen ihr Mandat nieder, um sich einem neuen Lebensabschnitt zu widmen.**

Lars Harms, 1964 in Husum geboren, zog im Jahr 2000 erstmals für den SSW in den Landtag ein. 2012 übernahm er den Fraktionsvorsitz, 2022 wurde er Vorsitzender des Finanzausschusses. Nach knapp 25 Jahren im Parlament will Harms sein Mandat am 6. Januar niederlegen – er ist damit der am längsten amtierende SSW-Parlamentarier der Landtagsgeschichte. Konkrete Pläne für die Zeit danach nannte er nicht. Harms' Nachfolger als Abgeordneter wird voraussichtlich der nächstfolgende Kandidat auf der SSW-Landesliste zur Wahl 2022, der Biologe Michael

Schunck aus Felm (Kreis Rendsburg-Eckernförde). Über den Fraktionsvorsitz will der SSW im Januar entscheiden.

Oliver Kumbartzky (FDP) hat sich am 12. Dezember nach 15 Jahren aus dem Landtag zurückgezogen. Der 1981 in Brunsbüttel geborene Diplom-Kaufmann wurde im vergangenen Juni zum Bürgermeister von Büsum gewählt. Dieses Amt wird er im Februar 2025 antreten. Im Landtag fungierte Kumbartzky seit 2009 als Vizepräsident, Parlamentarischer Geschäftsführer und Vorsitzender des Umwelt- und Agrarausschusses. Sein Abgeordnetenmandat hat Anne Riecke, Lehrerin aus Hennstedt (Kreis Dithmarschen), übernommen. Sie wurde am Tag nach Kumbartzkys Ausscheiden von Landtagspräsidentin Kristina Herbst verpflichtet.



Abschied: Lars Harms



Abschied: Oliver Kumbartzky



Neu im Landtag: Anne Riecke

## Jahrestreffen des Nordischen Rates auf Island

**Vizepräsidentin Jette Waldinger-Thiering hat den Schleswig-Holsteinischen Landtag auf dem Jahrestreffen des Nordischen Rates Ende Oktober in Reykjavik vertreten. Schleswig-Holstein gehört dem Gremium als einziges deutsches Bundesland mit Beobachterstatus an.**

Geschlossen betonten die nordischen Länder auf Island ihre Solidarität mit der Ukraine und ihre Bereitschaft, das

von Russland angegriffene Land zu unterstützen. Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj nahm an dem Treffen teil, ebenso wie die belarussische Oppositionsführerin Swjatlana Tsikhanouskaja, die über die Notwendigkeit demokratischer Reformen in Belarus sprach.

Landtagsvizepräsidentin Waldinger-Thiering unterstrich in ihrer Rede die Rolle des Rates als Plattform für Dialog

und Kooperation: „Unsere Verbindung zu den nordischen Ländern basiert nicht nur auf geographischer Nähe, sondern auf gemeinsamen Werten wie Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechten. Diese Werte zu verteidigen, ist heute wichtiger denn je.“ Das Fazit der Vizepräsidentin: „Wir kehren mit neuen Kontakten und Ideen zurück und freuen uns darauf, die Zusammenarbeit mit den nordischen Ländern weiter zu vertiefen.“

## Emmi för Plattschnacker: Dat geht wedder los

Emmi is en lütt gussiesern Meerjungfer. Se süht richtig smuck ut. Emmi söcht nu en nieges Tohuus. Un twaars bi Plattschnacker, de wat för uns Regionolspraak doot. Denn de „Emmi för Plattdüütsch“ is en Pries, den de Sleswig-Holsteenske Heimatbund tosamen mit de Landdag un dat Ministerium för Bildung, Forschung, Wetenschap un Kultur op'e Been stellt hett. Alle twee Johr künnst sik Lüüd ut'e Kinnergoorns, ut'e Scholen, vun'e Unis

un Hochscholen, vun'e Grundscholen, de Sekundarstufe I un II un vun'e Vereene un Verbänne üm de iesern Deern bewarben. Mit passen Platt-Projekte. Jedeem gode Idee tellt. Ob dat nu Theoter is, Filme, Speele, Böker, wetenschapli Arbeiten, soschale Projekte, Musik, Ünnerrichtskraam, Platt-Apps oder sünstwat. Hauptsaa, dat hett wat mit Platt oder över Platt to doon. Dor künnst enkelte Lüüd jüst so mitmaken as ok Gruppen un Schoolklassen. De Chance,

een Emmi mit na Huus to nehmen, is groot. Denn dat gifft för jedeem Rebeet eene egen lütt Emmi to gewinnen. Nuch Tiet hebbt de Plattschnacker noch – denn se mööt eerst an' 21. März 2025 trech ween. De Fier för de Winners is dann in'n Juni in't Landeshuus.

**Mehr Informatschonen gifft dat hier:**

- Tel. 0431/988-1242
- [plattdeutsch@landtag.ltsh.de](mailto:plattdeutsch@landtag.ltsh.de)

## Kita-Reform beschlossen

# Mit Flexibilität gegen die Finanzierungslücke

**B**egleitet von harscher Oppositionskritik und einer Demonstration von Kita-Beschäftigten vor dem Landeshaus haben CDU und Grüne ihre Reform des Kindertagesförderungsgesetzes verabschiedet. Ziel ist es, die aktuelle Finanzierungslücke von jährlich 110 Millionen Euro zu schließen – unter anderem durch neue Personalschlüssel und Bürokratieabbau. Die Neuerungen treten zum 1. Januar 2025 in Kraft. Die Reform schaffe Verlässlichkeit für Kommunen, Eltern und Träger, hieß es Ende November bei der Koalition. SPD, FDP und SSW sprachen hingegen von „Mangelverwaltung“ und befürchteten Einschnitte bei der Betreuungsqualität.

Man habe „die Zukunft unseres Kita-Systems auf neue Beine gestellt“, betonte Sozialministerin Aminata Touré (Grüne). Es sei gelungen, die Verlässlichkeit zu steigern, Qualität zu sichern und eine faire Finanzierung auf den Weg zu bringen, ohne die Elternbeiträge zu erhöhen. Das Land investiere „so viel wie noch nie in Schleswig-Holstein“ in diesen Bereich. Im kommenden Jahr seien es 757 Millionen Euro, 60 Millionen mehr als 2024. In einem Monitoring sollen die Effekte der Reform nach zwei Jahren überprüft werden. Oppositionsführerin Serpil Midyatli monierte, dass laut einer Studie 15.600 Kita-Plätze im Lande fehlten. Diese Lücke zu ignorieren, sei „eine große soziale Ungerechtigkeit“. Allein bis 2030 fehlten mindestens 2.400 Fachkräfte, so die SPD-Fraktionschefin. „Wenn die Günther-Regierung jetzt die Rahmenbedingungen der Kitas weiter verschlechtert, werden die zusätzlichen Fachkräfte nicht in den Kitas ankommen.“

## Opposition befürchtet Abstriche bei der Qualität

Dem Vorwurf, Schwarz-Grün betreibe Qualitätsabbau, trat der CDU-Fraktionsvorsitzende Tobias Koch „entschieden“ entgegen. Aktuell müsse eine Kita geschlossen bleiben, wenn aufgrund von Personalmangel vorübergehend ein zu geringer Fachkraft-Kind-Schlüssel erfüllt werden kann. Genau das werde künftig verhindert, so Koch: „Eine geschlossene Kita ist die schlechteste Qualität der Kinderbetreuung.“ Auch Catharina Nies (Grüne) hob hervor, dass es „weniger Vorgaben und mehr Flexibilität“ geben werde, um vor Ort reagieren und Schließungen vermeiden zu können: „Wir geben den Kitas die Hoheit zurück, ihr Personal eigenständig einzustellen.“

Der FDP-Abgeordnete Heiner Garg warnte vor einer „Rückabwicklung“ der Standards, die mit der Kita-Reform 2021 festgelegt wurden – damals war Garg selbst zuständiger Minister. Er sah die Qualität der frühkindlichen Bildung insgesamt gefährdet und forderte, den Reformprozess auf drei bis fünf Jahre zu strecken. Christian Dirschauer (SSW) verwies darauf, dass es einen Rechtsanspruch auf einen Kita-Platz gebe, und unterstrich den staatlichen Bildungsauftrag. Angesichts dieser Erwartungen habe die Koalition lediglich ein „Reförmchen mit Spardiktat“ geschaffen.



Wortduell zum Kita-Gesetz: Die SPD-Fraktionsvorsitzende Serpil Midyatli (re.) sprach von „Mangelverwaltung auf Kosten unserer Kleinsten“, während Catharina Nies (Grüne) anmerkte: „Die frühkindliche Bildung ist einer der wenigen Bereiche im Landeshaushalt, in den wir Geld investieren, anstatt zu kürzen – trotz der schwierigen Haushaltslage.“

## Die Kernpunkte

1,8 Milliarden Euro fließen pro Jahr in Schleswig-Holsteins 1.800 Kitas, aber es klafft eine Finanzlücke von 110 Millionen. Land und Kommunen geben jeweils 20 Millionen Euro dazu, die restlichen 70 Millionen sollen mit einem neuen Anstellungsschlüssel, einem geringeren Dokumentationsaufwand und durch Justierungen bei den Standards erwirtschaftet werden. So könnte früh morgens oder nachmittags, wenn weniger Kinder betreut werden, weniger Personal zum Einsatz kommen. Kitas, die den Personalschlüssel von 2,0 pro Kitagruppe unterschreiten, erhalten bislang das volle Geld. Das ändert sich nun. Der Schlüssel wird flexibel und kann auf 1,5 sinken. 2,0 bedeutet, dass zwei Fachkräfte für 20 Kinder zuständig sind. Kleine Kitas, die nur eine Gruppe haben, sollen zusätzliche Unterstützung erhalten. Die Elternbeiträge bleiben stabil.

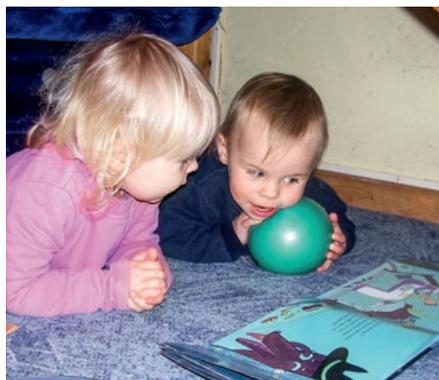
# Sprachtests für Viereinhalbjährige – Kritiker: „Es dauert zu lange“

**Mit neuen Perspektiv-Kitas und Sprachtests für Viereinhalbjährige soll Kindern der Übergang in die Schule erleichtert werden. Das hat die SPD im Oktober gefordert – und das will auch die Regierungskoalition. Die Opposition kritisierte aber, dass sich die Landesregierung bei diesem wichtigen Thema zu viel Zeit lasse.**

Oppositionsführerin Serpil Midyatli (SPD) verwies auf Studien, wonach sich die Sprachkompetenz der Kinder im Land in den vergangenen zwanzig Jahren dramatisch verschlechtert habe: „Jedes vierte Kind in der vierten Klasse kann kein Pixi-Buch lesen.“ In Hamburg hätten Sprachscreenings für Viereinhalbjährige bereits zu nachweislich besseren Bildungsergebnissen geführt. Dies sei in Schleswig-Holstein versäumt worden: „Ganze Jahrgänge von Kindern wurden ohne eine entsprechende Förderung in die Grundschule geschickt.“

Nach den Plänen der Landesregierung sollen im laufenden Schuljahr sieben bis zehn Kitas mit dem Modellprojekt „EVI“ („Entwicklungsfokus Viereinhalb“)

starten. Im kommenden Frühjahr sollen 50 „Perspektiv-Kitas“ ausgewählt werden und besondere Förderung erhalten. Im Schuljahr 2025/26 sollen die Sprachtests auf möglichst viele Perspektivschulen ausgeweitet werden, 2027/28 sollen möglichst alle Perspektivschulen beteiligt werden, und ab 2028/29 sollen die Sprachtests im ganzen Land Standard sein. Bildungsministerin Karin Prien (CDU) verteidigte die schrittweise Einführung: „Das erfordert die Einbeziehung aller Akteure, und das braucht seine Zeit.“ Sie hob hervor, dass Schleswig-Holstein



**Kleine Bücherfreunde in einer Kieler Kita: Die Sprachkompetenz von Kindern soll in Schleswig-Holstein flächendeckend bereits 18 Monate vor der Einschulung erfasst werden.**

das erste Bundesland sei, das das Konzept der Perspektivschulen auf Kitas ausweitere.

Martin Balasus (CDU) wies darauf hin, dass das Land 25 neue Planstellen an Kitas und 20 zusätzliche Stellen an Schulen schaffen werde: „Das ist eine bildungspolitische Trendwende.“ Auch er würde sich mehr Geschwindigkeit wünschen, so Malte Krüger (Grüne): „Aber es braucht eine Pilotierung des Projekts an einzelnen Standorten, um nachbessern zu können.“

Heiner Garg (FDP) monierte, die geplante Ausweitung geschehe zu langsam: „Das würde nämlich bedeuten, dass wir volle weitere zwei Kita-Kinder-Generationen genau diese Unterstützung nicht gewähren, oder man kann auch sagen, dass wir diese verlieren.“ Die Zusammenarbeit zwischen Kita und Schule sei eine immens wichtige Stellschraube, so Jette Waldinger-Thiering (SSW), aber im Land beschränke sich diese auf einen undefinierten Kooperationsvertrag: „Das Konstrukt reicht nicht aus, für fließende Übergänge im Bildungssystem benötigen wir klare Vorgaben und Verbindlichkeiten.“

**Mehr zum Thema Lesen auf Seite 13**

## Trotz steigender Zahlen: Fachkräftemangel auch in Kitas

**Die Zahl der Kita-Beschäftigten ist in Schleswig-Holstein in den vergangenen zehn Jahren deutlich gestiegen. Statt 17.000 sind dort nun 25.000 Menschen tätig, die in den 1.853 Kindertagesstätten rund 121.000 Kinder betreuen. Aber dennoch herrscht Personalmangel. Gegensteuern will die Landesregierung mit Quereinstiegen und der Integration ausländischer Fachkräfte, betonte Sozialministerin Aminata Touré (Grüne) Ende November. Zudem laufe eine Initiative, um für eine Ausbildung in diesem Berufsfeld zu werben.**

„Berichte aus der Praxis zeigen, dass Fachkräfte aus dem sozialen Bereich häufig nach kurzer Zeit in andere Berufe wechseln“, merkte die Ministerin an. Sie fühlten sich nicht ausreichend vorbereitet auf die Belastungen und Konflikte bei ihrer Arbeit. Deswegen müsse die

Qualifizierung für diese Herausforderungen verbessert werden. Anfang 2026 sollen konkrete Zahlen vorliegen, wie das Land auf den wachsenden Bedarf an Kita-Plätzen und den Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung an der Grundschule reagieren will.

Die Opposition vermisste ein klares Konzept. Der bestehende Mangel werde noch mindestens bis 2030 anhalten, mahnte Sophia Schiebe (SPD), denn es gebe auf dem Arbeitsmarkt keinerlei Reserven. Sie bemängelte hohe bürokratische Hürden beim Quereinstieg. Der Berufsalltag werde als belastend und wenig wertschätzend wahrgenommen, und die Entlohnung sei „an vielen Stellen unzureichend“, so Schiebe. Entsprechend liege die Abbruchquote von Azubis in Sozial- und Betreuungsberufen teilweise bei mehr als 20 Prozent.

# Schlechte Noten im „Angstfach“ Mathe: Maßnahmen gegen das „Desaster“

**Der Mittlere Schulabschluss (MSA) am Ende des Schuljahres 2023/24 bescherte zahlreichen Jugendlichen schlechte Noten in Mathematik. Ende November forderte die Opposition rasche Gegenmaßnahmen. Die Ergebnisse seien „ein echtes Desaster“, klagte FDP-Fraktionschef Christopher Vogt. Er warf der Landesregierung eine Reihe von Versäumnissen vor: Integration und Inklusion funktionierten nicht, es falle zu viel Unterricht aus, und es gebe zu wenige Mathelehrer.**

Nach Angaben des Bildungsministeriums hatten beim MSA im vergangenen Sommer fast die Hälfte der rund 9.000 teilnehmenden Jugendlichen ein „mangelhaft“ oder „ungenügend“ in Mathematik. Lediglich ein Viertel kam auf eine 1, 2 oder 3. Die Durchschnittsnote lag bei 4,22. Nach Willen von SPD, FDP und SSW sollen künftig auch Lehrer, die Mathematik nur als Vertretung unterrichten, Fortbildungen in diesem Fach absolvieren. Schüler, die eine 5 oder 6 in Mathe im Zeugnis haben, sollen ein Recht auf Förderstunden bekommen.

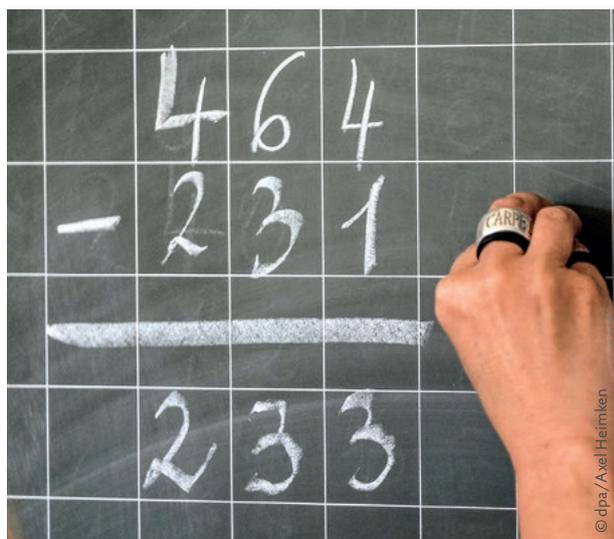
Es gebe Schüler, so Jette Waldinger-Thiering (SSW), die dem abstrakten mathematischen Denken grundsätzlich

nicht folgen könnten. „Mathematik muss greifbar und erlebbar unterrichtet werden“, forderte sie. Martin Habersaat (SPD) kritisierte die Ankündigung der Bildungsministerin, eine zusätzliche Mathestunde einzuführen: „Wenn ein Fach in seiner jetzigen Struktur Ängste auslöst, dann ist eine Stunde mehr nicht die Lösung.“

Auch die Koalition zeigte sich „besorgt“ und setzt auf eine Weiterentwicklung des „Masterplans Mathematik“, den das Bildungsministerium 2019 aufgelegt hat. Es soll zudem eine bessere Prüfungsvorbereitung geben, und Schüler, deren Muttersprache nicht Deutsch ist, sollen

besonders gefördert werden. Martin Balasus (CDU) verwies auf die corona-bedingten Schulschließungen und eine „immer heterogener werdende Schülerschaft“. Die Ergebnisse seien erschütternd, „aber sie waren zum Teil erwartbar“, sagte Malte Krüger (Grüne). Mathe sei immer noch ein „Angstfach“.

Bildungsministerin Karin Prien (CDU) kündigte eine Reihe von Maßnahmen an. So soll in allen Klassenstufen in jeder Mathearbeit ein Wiederholungsteil eingebaut werden, damit Erlerntes immer wieder geübt wird. An den 135 Perspektivschulen soll es besondere Förderprogramme geben.



Problemfach Mathematik beim Mittleren Schulabschluss 2024: In der schriftlichen Prüfung erreichten lediglich 0,9 Prozent der Jugendlichen ein „sehr gut“, 6,9 Prozent schlossen mit „gut“ ab. 39,7 Prozent wurden mit „mangelhaft“ bewertet und 8,2 Prozent mit „ungenügend“.

## Klammer Haushalt: kein Gratis-Mittagessen

Schleswig-Holstein wird die Forderung nach einem Gratis-Mittagessen für alle Kita- und Schulkinder nicht erfüllen können. Das hat Sozialministerin Aminata Touré (Grüne) im November klargestellt. Anfang 2024 hatte der vom Bundestag eingesetzte „Bürgerrat Ernährung im Wandel“ den Vorschlag für ein kostenloses Mittagessen mit 30 Prozent Bio-Anteil an Kitas und Schulen eingebracht. „Das fänden wir auch begrüßenswert“, so die Ministerin, „aber wir können uns das schlichtweg als Land nicht leisten.“ So sahen es auch die Koalitionsfraktionen.

Bei fünf Euro pro Kind und Tag, hochgerechnet auf 121.000 Kita- und Hortkinder im Lande, komme man auf 140 Millionen Euro im Jahr, rechnete die Ministerin vor. Für die öffentlichen Grundschulen geht Touré noch einmal von 48 Millionen Euro pro Schuljahr aus. Auch wenn, wie vom Bürgerrat angeregt, der Bund sich zur Hälfte beteiligt, sei dies nicht finanzierbar. Martin Habersaat (SPD) rief das Land auf, gemeinsam mit Bund, Kommunen und Eltern ein langfristiges Konzept zu erarbeiten, wie das Ziel erreicht werden kann. Diese Position stützte auch der SSW.

# Medienkompetenz für Schulkinder – und auch für Lehrkräfte

Laut einer aktuellen Studie haben 41 Prozent der Achtklässler in Deutschland nur „rudimentäre Fähigkeiten“ im Umgang mit Computern und Handys – obwohl sie täglich damit zu tun haben. Vor diesem Hintergrund hat die SPD im November die Landesregierung aufgefordert, „solide Grundlagen für die Medienbildung an Schulen zu schaffen“. Bildungsministerin Karin Prien (CDU) sah gute Ansätze, aber auch Nachholbedarf bei der Unterrichtsgestaltung.

Das Thema gehöre schon in der Grundschule auf den Lehrplan, so Martin Habersaat (SPD). Er forderte, alle Grundschulen im Lande zu „Internet-ABC-Schulen“ auszubauen. Jeder Schüler, mindestens an den weiterführenden Schulen, müsse ein

digitales Endgerät zur Verfügung gestellt bekommen. Ältere Schüler sollten den jüngeren als „Medienscouts“ unter die Arme greifen, und die Lehrer sollten das Thema auf Elternabenden und in Elterngesprächen einbringen. Schleswig-Holsteins Schulen hätten sich „nahezu alle auf einen systematischen Weg zur Medienkompetenzvermittlung gemacht“, entgegnete Bildungsministerin Prien. Allerdings seien laut einer Studie „nur rund 40 Prozent der Schulleitungen der Meinung, dass der Einsatz von digitalen Medien im Unterricht Sinn macht“. Da könne man „Geräte zur Verfügung stellen, bis der Arzt kommt“ – es werde nichts nützen. Auch Jette Waldinger-Thiering (SSW) beklagte die „Realität in den Schulen“. Das Problem sei nicht zu viel Bildschirmzeit, sondern der Mangel an digitalen Endgeräten im Unterricht.

## Darf das Handy mit in die Schule?

Ein Handynutzungsverbot in der Schule, so Ministerin Prien, hätte eine „messbar positive Wirkung auf das soziale Wohlbefinden und auf die Lernleistung der Kinder“. Hermann Jung-hans (CDU) fand ein Verbot im Unterricht „so selbstverständlich wie das Verbot, unter dem Tisch die ‚Bravo‘ zu lesen“. Malte Krüger (Grüne) lehnte ebenfalls die Nutzung im Unterricht ab, empfahl aber ansonsten, Handys nicht zu „verteufeln“. Christopher Vogt (FDP) wies darauf hin, dass nicht nur Smartphones, sondern auch Smartwatches bei Grundschulern weit verbreitet seien: „Es wäre falsch, wenn man Kinder künstlich von digitalen Endgeräten fernhält.“ Der SPD-Abgeordnete Habersaat gab zu bedenken: „Von einem Handyverbot an der Schule gehen die Sozialen Medien ja auch nicht wieder weg.“ Nach dem Unterricht würde „über das Handy trotzdem gemobbt“. Der Bildungsausschuss berät das Thema weiter.



Foto: © dpa/Roland Wehrauch

Handys in der Schule: In mehreren Ländern, etwa Frankreich, den Niederlanden und Lettland, ist das inzwischen verboten.

## FDP macht sich für Finanzbildung stark

Wie funktioniert die Börse, was ist bei Krediten, Abos und Versicherungen zu beachten, wie sichert man sich für das Alter ab? Finanzielle Bildung soll nach Willen der FDP eine stärkere Rolle an den Schulen spielen. Das Land müsse die Bundesinitiative für eine „Finanzbildungsstrategie“ aufgreifen, forderte Fraktionschef Christopher Vogt im November. Zudem seien Lehrerfortbildungen und neues Unterrichtsmaterial nötig, um „den jungen Menschen die Grundlagen für ein eigenverantwortliches Leben mitzugeben“.

Das Thema werde bereits im Unterricht behandelt, etwa in den Fächern Geschichte und Geographie, so Bildungsministerin Karin Prien (CDU). Den Antrag, finanzielle Bildung in der Lehramtsbildung zu verankern und spezielle Fortbildungsangebote zu entwickeln, lehnte sie jedoch ab: „Jedes neue Thema, das hier im Landtag beschlossen wird, erhöht die Belastung für die Lehrkräfte, die Schulleitungen und auch für die Schulaufsicht um ein Vielfaches.“ Der Bildungsausschuss berät weiter.

# Rechtsanspruch auf Ganzttag: „Meilenstein“ mit offenen Fragen

Ab dem Schuljahr 2026/27 besteht bundesweit ein Rechtsanspruch auf eine Ganztagsbetreuung an der Grundschule: acht Stunden an jedem Werktag mit maximal vier Wochen Auszeit pro Jahr. Das Angebot startet mit der ersten Klasse, so dass bis 2029/30 jeweils ein neuer Jahrgang dazukommt. Dies sei ein „kinder- und bildungspolitischer Meilenstein“, sagte Bildungsministerin Karin Prien (CDU) in der Dezember-Sitzung. Bei der konkreten Umsetzung gibt es allerdings noch offene Fragen.

Das pädagogische Rahmenkonzept solle im Januar 2025 vorliegen, kündigte die Ministerin an. Dort wird festgeschrieben, wie die Bereiche Partizipation, Demokratiebildung, freies Spiel oder Hausaufgabenhilfe ausgestaltet werden sollen. „Mit steigender Qualität erhöhen sich die Pauschalen“, kündigte Prien an. Es werde „an jedem Standort eine bessere Förderung



Bildungsministerin Karin Prien (CDU): „Unser Ziel ist ein besserer Ganzttag für bessere Bildungschancen.“

geben als vorher“, und es sei „mindestens eine Verdoppelung der Zuschüsse pro Kind“ zu erwarten. Bei den Investitionskosten will das Land 85 Prozent übernehmen, die Kommunen sollen 15 Prozent tragen. Die Betriebskosten teilen sich Land und Kommunen im Verhältnis 75 zu 25. Auf Eltern kommen möglicherweise Beiträge zu.

2021 habe der Bund den Rechtsanspruch beschlossen, merkte Martin Habersaat

(SPD) an. Seitdem sei klar gewesen, „dass sich die Länder vorbereiten müssen“, aber in Schleswig-Holstein gebe es noch immer kein Rahmenkonzept. Es seien „leider immer noch keine auch nur ansatzweise ausreichenden landesweiten Vorbereitungen getroffen“ worden, monierte auch Christopher Vogt (FDP). Jette Waldinger-Thiering (SSW) pochte auf „gleiche Bildungschancen an unseren Grundschulen“, unabhängig von der Finanzstärke der Kommune. Manche Schulträger könnten sich kein qualifiziertes pädagogisches Personal leisten, befürchtete sie.

„Wir fangen nicht bei null an“, stellte Tobias Koch (CDU) fest. Bereits 97 Prozent der Grundschulen im Lande hätten ein Ganztagsangebot. Bei den Beiträgen seien eine Sozialstaffel und eine Geschwisterermäßigung wichtig, unterstrich Malte Krüger (Grüne). Zudem müsse es Fortbildungskonzepte für Betreuer ohne pädagogische Ausbildung geben.

## Schüler ohne Abschluss: viele „Werkzeuge“ im Gespräch

**2.499 Jugendliche haben im Jahr 2023 Schleswig-Holsteins Schulen ohne Abschluss oder lediglich mit Förderzentrumsabschluss verlassen. Diese hohe Zahl beschreibe einen „Zustand, den wir nicht hinnehmen wollen und nicht hinnehmen werden“, sagte Wiebke Zweig (CDU) in der Dezember-Sitzung. Ziel der Koalition sei es, diese Zahl in den nächsten zehn Jahren zu halbieren: „Das ist eine ambitionierte Zielsetzung, doch wir haben den Willen und die passenden Werkzeuge.“ Auch die anderen Fraktionen legten Vorschläge auf den Tisch.**

CDU und Grüne regten an, in den Klassen 1 und 5 die „Lernausgangslagen“ jedes Schulkind zu erfassen – also etwa die Kompetenzen in Lesen, Schreiben, Sprechen und Mathematik. An den Schnittstellen

von der Kita zur Grundschule und dann zur weiterführenden Schule gingen viele Schüler verloren, so Malte Krüger (Grüne). Die Daten sollen Teil einer „Schüler-ID“ werden, um Bildungsverläufe auch über die Grenzen des Schulsystems und der Bundesländer hinweg nachvollziehen zu können. Auch die Berufsberatung soll eingebunden werden und junge Menschen „ohne eine konkrete Abschlussperspektive“ direkt ansprechen.

Die SPD rief die Regierung auf, zunächst Mindeststandards zu definieren, wie der Übergang von der Kita in die Grundschule ablaufen soll und wie Schulsozialarbeit und Jugendberufsagenturen mitgenommen werden sollen. Der Abgeordnete Martin Habersaat stellte fest, „dass im Durchschnitt in jeder Abschlussklasse in Schleswig-Holstein ein Mensch sitzt, der ohne Schulabschluss ins Leben starten wird“. Die FDP

forderte einen Datenaustausch mit der Bundesagentur für Arbeit und mehr individuelle Förderung von leistungsschwachen Schülern. „Die Wahrscheinlichkeit von Arbeitslosigkeit ohne Berufsausbildung ist sechsmal so hoch wie mit einer Berufsausbildung“, sagte Fraktionschef Christopher Vogt.

Der SSW regte an, in diesem Bereich enger mit Hamburg zu kooperieren, „um auch über die Landesgrenzen hinweg eine optimale Beschulung sicherzustellen“, so die Abgeordnete Jette Waldinger-Thiering. Bildungsministerin Karin Prien (CDU) nannte die Schüler-ID einen guten Vorschlag – das Land werde nicht auf das vom Bund angekündigte „nationale Bildungsregister“ warten, denn dies sei erst 2030 zu erwarten. Die angeregten „Lernausgangslagen“ sollen ab dem Schuljahr 2025/26 kommen. Der Bildungsausschuss berät das Thema weiter.

# +++ MELDUNGEN FÜR DAS EHRENAMT +++

## Viele Beschlüsse, die der Landtag fasst, haben direkte Auswirkungen auf Kommunalpolitik, Vereinsarbeit und Bürgerinitiativen.

Auf dieser Seite finden ehrenamtlich engagierte Menschen diese Themen im Überblick.

**Digitale Sitzungen:** Ehrenamtlich Engagierte in Gemeinderäten und Kreistagen können voraussichtlich bald auch per Bild- und Tonübertragung an den Sitzungen der Kommunalgremien teilnehmen, wenn sie persönlich nicht erscheinen können – etwa aus beruflichen, familiären oder gesundheitlichen Gründen. Das sieht ein Gesetzentwurf von CDU und Grünen vor, der im Innen- und Rechtsausschuss weiter beraten wird. Die Koalition schlägt entsprechende Ergänzungen der Gemeindeordnung und der Kreisordnung vor, die Opposition reagierte in der Oktober-Sitzung positiv. Das kommunale Ehrenamt werde zeitgemäßer und attraktiver, so Thomas Jepsen (CDU), wenn die Mandate flexibel wahrgenommen werden können.

Laut dem Entwurf können Kreise und Gemeinden entsprechende Regelungen in ihren Hauptsatzungen verankern, die auf Ausschüsse und Beiräte ausgeweitet werden können. Zum Jahresbeginn 2027 soll die Regelung zur Pflicht werden, wenn ein Mitglied dies wünscht. Wer der Sitzung aus der Ferne beiwohnen will, muss dies spätestens zwei Tage vor dem Termin ankündigen. Die Videoübertragung muss so sicher sein, dass auch bei nichtöffentlichen Tagesordnungspunkten die Vertraulichkeit gewahrt bleibt. Stehen Wahlen an, so ist eine Teilnahme per Bildschirm allerdings nur möglich, wenn kein anderes Mitglied Einspruch erhebt. Bei der konstituierenden Sitzung muss jedes Mitglied vor Ort sein. Und: Der oder die Vorsitzende muss grundsätzlich persönlich anwesend sein.

„Es geht darum, das Ehrenamt vereinbar zu machen mit Beruf, Familie und Studium“, sagte Bina Braun (Grüne). Ziel sei es, den Frauenanteil in der Kommunalpolitik zu erhöhen, der

zurzeit bei „traurigen 28 Prozent“ liege. Die aktuelle Situation schrecke viele Frauen ab, betonte auch Kai Dolgner (SPD): „Wer die Hauptlast der Care-Arbeit trägt, die nachmittags und abends den Höhepunkt erreicht, der wird es sich zweimal überlegen, ob er sich noch ein kommunales Amt ans Bein bindet.“ Bernd Buchholz (FDP) wies darauf hin, dass eine gesetzliche Pflicht Kosten für den Landeshaushalt verursachen könne. Lars Harms (SSW) hielt die Zweitagesfrist zur Anmeldung einer hybriden Sitzung für wenig sinnvoll – ein Kind könne auch einen Tag vorher krank werden. Mit der Neuregelung werde „den veränderten gesellschaftlichen Realitäten Rechnung getragen“, hob Innenministerin Sabine Sütterlin-Waack (CDU) hervor.

Seit der Corona-Pandemie haben Gemeinderäte die Möglichkeit, in einer Notlage komplette Sitzungen per Videokonferenz abzuhalten. Dies soll aber ein Instrument für außergewöhnliche Notlagen bleiben, denn es handle sich um „eine absolute Ausnahmeschrift“, wie es im Gesetzentwurf heißt. Diesen Punkt unterstrich der CDU-Abgeordnete Jepsen in der Debatte: „Das persönliche, direkte Erleben der anderen Gremienmitglieder mit Gestik, Mimik, Bewegungen und Nebenbemerkungen ist dabei wichtig und kann nur in Präsenz von Angesicht zu Angesicht vollumfänglich stattfinden.“

**Förderanträge:** Die Landesregierung soll „schnellstmöglich dafür sorgen, dass die Einreichung von Fördermittelanträgen beim Land Schleswig-Holstein zukünftig in der Regel in fairer, transparenter und digitaler Form erfolgt“. Ein entsprechender FDP-Antrag bekam im Oktober die Unterstützung aller anderen Fraktionen. Hintergrund des Appells: In der Nacht zum 1. September mussten

Vertreter von Kommunen bis Mitternacht vor dem Briefkasten der Investitionsbank in der Kieler Innenstadt ausharren, um beim Förderprogramm für den Ausbau von Ganztagschulen einen der aussichtsreichen vorderen Plätze zu bekommen.

Es klinge „wie Realsatire“, merkte Christopher Vogt (FDP) an, sei „aber leider traurige Realität“. Kommunalvertreter aus dem ganzen Land hätten in dieser Nacht stundenlang vor dem Briefkasten Schlage gestanden. Die analoge Förderpraxis der schwarz-grünen Landesregierung lasse die Kommunen verzweifeln. Vogt sprach von einem „völlig absurden Antragsverfahren“. Auch Vertreter der anderen Fraktionen nannten den Vorgang „schräg“ und „kurios“.

Bei der Bewilligung der Zuschüsse sei Eile geboten gewesen, erwiderte Bildungsministerin Karin Prien (CDU). In der Kürze der Zeit sei es nicht möglich gewesen, ein Antragsportal und eine entsprechende Software zu programmieren. „Mir persönlich wäre ein anderes Verfahren lieber gewesen“, sagte Prien, aber die Kommunalverbände hätten sich für eine Mittelvergabe ausgesprochen, bei der die Reihenfolge des Eingangs ausschlaggebend sein sollte. Prien berichtete, dass das Land im Laufe des Jahres 2025 ein digitales Antragsverfahren einrichten werde. Eine entsprechende Ausschreibung stehe kurz vor dem Abschluss.

**Ortsdurchfahrten:** Die Kostenregelung für die Errichtung von Entwässerungsanlagen an Landes- und Kreisstraßen bleibt bestehen. Der Landtag hat eine entsprechende Klarstellung im Straßen- und Wegegesetz im Oktober beschlossen. Die schwarz-grüne Koalition stimmte für den Entwurf aus dem

Verkehrsministerium. SPD, SSW und FDP waren dagegen.

Betroffen sind Ortsdurchfahrten in Gemeinden mit weniger als 20.000 Einwohnern. Das Land oder der Kreis als Betreiber der Straße hatten sich bislang nur am Neubau der Entwässerungsleitungen am Straßenrand beteiligt, nicht aber an deren Reparatur. Diese Praxis hatte eine Gemeinde vor dem Verwaltungsgericht beklagt und Zuschüsse für die Sanierung eingefordert. Die Richter gaben der Klägerin recht – der betroffene Kreis musste sich finanziell einbringen. Eine solche Regelung würde aber nach Auffassung der Landesregierung die finanziellen Möglichkeiten des Landes und der Kreise auf Dauer überlasten. Deswegen wurde im Gesetz nun klargestellt, dass nur die „erstmalige“ Herstellung der Entwässerung bezuschusst wird.

**Kommunaler Finanzausgleich:** Der kommunale Finanzausgleich bleibt in seiner bisherigen Form erhalten. Zentrale Orte bekommen weiterhin zusätzliche Mittel, weil sie Einrichtungen betreiben, die auch Bewohner aus Umlandgemeinden nutzen – etwa Kindertagesstätten, Schulen, Sportanlagen oder Feuerwehren. Das ist der Kern eines Entwurfs des Innenministeriums zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes (FAG), den CDU und Grüne im Dezember verabschiedet haben. SPD und FDP waren dagegen, der SSW enthielt sich. Der „Reparaturauftrag des Landesverfassungsgerichts“ sei erfüllt worden, sagte Innenministerin Sabine Sütterlin-Waack (CDU).

Die Schleswiger Richter hatten das Land aufgefordert, den konkreten Finanzbedarf der zentralen Orte zu ermitteln. Dies sei bislang nicht im ausreichenden Maße geschehen (Az.: LVerfG 5/21). Rund 100 Gemeinden hatten gegen den seit 2021 geltenden Finanzausgleich geklagt, weil sie sich bei der Mittelverteilung gegenüber den Städten benachteiligt fühlten. Das Verfassungsgericht hatte den Landtag

verpflichtet, das FAG bis Ende 2024 zu überarbeiten. Die Landesregierung hat daraufhin den Kommunalexperten Prof. Daniel Schiller von der Universität Greifswald mit einem Gutachten beauftragt. Auf dessen Grundlage sind die Zuweisungen exakt so geblieben wie bereits zuvor vom Landtag beschlossen.

Kai Dolgner (SPD) kritisierte erneut die geplante Kürzung der Städtebauförderung um 20 Millionen Euro: Diese Maßnahme werde von den Kommunen als „systemwidrig“ eingeschätzt und lege „die Grundlage für die nächste Klage gegen das FAG“. Oliver Brandt (Grüne) verteidigte den Schritt als „Teil der Konsolidierung des Landeshaushalts“. FDP und SSW forderten mehr Geld für Tierheime, Schwimmstätten, Frauenhäuser und Frauenberatungsstellen. Die Koalition wies den Änderungsantrag zurück.

Im Jahr 2024 betrug die Finanzausgleichsmasse rund 2,2 Milliarden Euro. Zentrale Orte bekommen Extrageld für überörtliche Aufgaben. 2024 waren dies rund 305 Millionen Euro. In Schleswig-Holstein gibt es 134 zentrale Orte und Stadtrandkerne. Dort leben rund 70 Prozent der Bevölkerung des Landes.

Weitere Punkte aus dem Regierungsentwurf: Das Land sichert den Kommunen zu, die Bundesmittel für das Startchancenprogramm und für die kommunale Wärmeplanung in vollem Umfang an sie weiterzureichen. Für die Integration von Flüchtlingen gibt es zwei Millionen Euro zusätzlich. Und: Kommunen erhalten die Möglichkeit, sich an Unternehmen des Tief- und Rohrleitungsbaus zu beteiligen oder diese selbst zu gründen. Es gehe darum, den Kommunen die „bestmöglichen Bedingungen“ für die Wärmewende zu bieten, sagte Ole Plambeck (CDU).

**Küstenschutz und Wasserwirtschaft:** Aufgrund des fortschreitenden Klimawandels und der Zunahme von Extremwetterereignissen hat das Land seine

wasserrechtlichen Vorgaben verschärft. Der Landtag beschloss die vom Umweltministerium vorgelegten Änderungen im Landeswassergesetz im Dezember mit den Stimmen der Koalition gegen SPD, FDP und SSW.

Künftig liegen Küstenschutzbauten wie Deiche im überragenden öffentlichen Interesse und erhalten einen Vorrang gegenüber anderen Belangen. Kommunen sowie Wasser- und Bodenverbände sollen Hochwasserschutzkonzepte erstellen. Daran wird die Vergabe von Fördermitteln geknüpft. Betreiber von Häfen und Campingplätzen müssen ihre Nutzer über die Gefahren durch Hochwasser informieren. Kommunen müssen Starkregenkarten erstellen, um ihre Bewohner über das Überschwemmungsrisiko für ihre Häuser und Wohnungen in Kenntnis zu setzen. Regenwasser in neu bebauten Wohn- oder Industriegebieten soll nicht mehr abgeleitet werden, sondern versickern. Das Land kann Gemeinden verpflichten, Konzepte zur Sicherstellung der künftigen Wasserversorgung anzufertigen. Kommunen können Maßnahmen zur Starkregenvorsorge in ihre Abwassergebühren einfließen lassen. Und: Die Landeswasserabgabe wird mit einem Inflationsausgleich erstmals nach mehr als zehn Jahren erhöht. Dies soll sieben Millionen Euro einbringen.

Gegen diesen Punkt richtete sich ein Änderungsantrag von SPD, FDP und SSW. Die Oppositionsfractionen bemängeln, dass der Inflationsausgleich eine Erhöhung der Wasserabgabe um 24 Prozent bedeuten würde. Dies sei unsozial. Sie lehnten auch die Regelung ab, dass die Landesregierung die Höhe der Abgabe künftig per Verordnung festlegen kann – ohne Beteiligung des Landtages. CDU und Grüne wiesen den Änderungsantrag zurück: Die Regierung dürfe die Abgabe nur „innerhalb sehr enger Grenzen“ anheben. Die Erhöhung der Wasserabgabe sei vertretbar und verhältnismäßig, für eine vierköpfige Familie ergäben sich Mehrkosten von fünf Euro pro Jahr.

# Der Land-Tag in Einfacher Sprache

Alle Menschen sollen verstehen was im Land-Tag gesagt wird. Hier stehen Texte in Leichter oder Einfacher Sprache. Denn: Viele Menschen haben Probleme mit dem Lernen, Lesen und Verstehen.

Viele Menschen können auch nicht so gut Deutsch. Deswegen werden schwere Wörter erklärt. Die Macher von dieser Seite versuchen nach den Regeln für Leichte und Einfache Sprache zu schreiben.

## Mehr Rechte für Menschen mit Behinderung

Menschen mit Behinderung sollen die selben Rechte und die selben Möglichkeiten haben wie Menschen ohne Behinderung. Das haben die Vereinten Nationen beschlossen. Die so genannte Behindertenrechts-Konvention gilt seit 15 Jahren in Deutschland. Die Abgeordneten im Land-Tag haben darüber gesprochen was noch besser werden muss.

Birte Pauls ist von der SPD. Sie sagt: Es ist wichtig dass Kinder mit und ohne Behinderung gemeinsam zur Schule gehen. Das muss noch öfter passieren.

Andrea Tschacher ist von der CDU. Sie sagt: An der Universität in Kiel machen Menschen mit Behinderung den Unterricht für Menschen ohne Behinderung. Das ist vorbildlich.

Eka von Kalben ist von den Grünen. Sie sagt: In Schleswig-Holstein gibt es mehr barriere-freie Halte-Stellen als woanders. Also mehr Halte-Stellen für Menschen im Roll-Stuhl oder mit Problemen beim Gehen.

Heiner Garg ist von der FDP. Er sagt: Die Abgeordneten im Land-Tag sollen noch mehr Menschen mit

Behinderung einladen. Und mit ihnen über ihre Sorgen sprechen.

Christian Dirschauer ist vom SSW. Er sagt: Blinde und gehör-lose Menschen sollen mehr Geld bekommen. Das muss die Landes-Regierung beschließen.

Dirk Schrödter ist Minister in der Landes-Regierung. Er sagt: Wir haben schon 13 Millionen Euro aus-gegeben. Damit Schulen oder Sport-Plätze barriere-frei werden.



Gebärden-Dolmetscher Raffael Canal über-setzt die Rede von Birte Pauls in Gebärden-Sprache. Birte Pauls will dass noch mehr Reden im Land-Tag in Gebärden-Sprache über-setzt werden.

# Leseförderung: Viele kleine Schritte sind nötig

Lesen ist der Schlüssel zum Erfolg in Schule und Beruf – doch in Deutschland nehmen zu viele Kinder und Jugendliche selten oder nie ein Buch zur Hand. Das wurde eine Woche vor dem bundesweiten Vorlesetag, dem 15. November, im Bildungsausschuss deutlich. Was ebenso klar wurde: Es gibt kein Allheilmittel bei der Leseförderung. Schulen, Kitas und Eltern sind gefordert, beharrlich an dem Problem zu arbeiten.

Laut der jüngsten PISA-Studie verfügt ein Viertel der 15-Jährigen in Deutschland nicht über ausreichende Lese- und Sprachfähigkeiten. Ebenfalls ein Viertel der Kinder verlässt laut der Internationalen Grundschul-Leseuntersuchung IGLU die Grundschule, ohne richtig lesen und schreiben zu können. Darauf wies Jörg F. Maas, Hauptgeschäftsführer der Stiftung Lesen, im Ausschuss hin. Der Experte war per Video aus Mainz zugeschaltet. „Es beginnt in den Elternhäusern“, so Maas. In rund einem Drittel der deutschen Haushalte mit Kindern gebe es keine festen „Vorlese-Rituale“. Vor allem Eltern mit formal niedriger Bildung schmökern laut einer aktuellen Studie der Stiftung Lesen selten oder gar nicht mit ihren Jüngsten. „Häufig ist unbekannt, wo der nächste Buchladen oder die nächste Bücherei liegt“, sagte Maas.

An dieser Stelle müsse das Bildungssystem ansetzen, denn „es steht um die Leseförderung in Deutschland nicht gut“. Maas regte regelmäßige Besuche von Schulklassen in öffentlichen Büchereien an. Schulen sollten „Leseclubs“ einrichten, wo Kinder in Freistunden ein Buch zur Hand nehmen. Beim anstehenden Ausbau des Ganztagsunterrichts müsse das Lesen im Zentrum stehen,

forderte Maas. Er kritisierte, dass lediglich 30 Grundschulen im Lande sich am Projekt „Leseband“ beteiligen und sich damit zu einer verbindlichen, täglichen Lesezeit von 20 Minuten verpflichten. „In Hamburg machen mehr Schulen mit“, so Maas.

„Die Lesezeit in den deutschen Schulen ist unterdurchschnittlich“, merkte Bildungsministerin Karin Prien (CDU) an. Laut der IGLU-Studie werden in der Bundesrepublik pro Woche 141 Minuten der Unterrichtszeit für das Lesen verwendet – im internationalen Durchschnitt liege der Wert bei 205 Minuten. Sie habe die Schulen im Lande aufgerufen, diesen Wert anzustreben, unterstrich die Ministerin.

Jette Waldinger-Thiering (SSW) betonte, dass es egal sei, in welcher Sprache gelesen werde. Zuwandererfamilien sollten durchaus ihre Herkunftssprache verwenden. Sie wies zudem darauf hin, dass es bei der Leselust einen großen Unterschied zwischen desinteressierten Jungen und besser motivierten Mädchen gebe. Der „Dreh- und Angelpunkt“ sei das Elternhaus, stellte Martin Balasus (CDU) fest, denn „der Staat kann nicht alles vorgeben“. Leider gebe es in jüngster Zeit

## Wer Kindern vorliest

Anteil der Eltern, die ihren Kindern mindestens mehrmals wöchentlich vorlesen

### alle Eltern

68 %

### nach Bildungsgrad:

höhere Bildung

68

mittlere Bildung

69

niedrige Bildung

63

### nach eigenen Erfahrungen:

Eltern, denen selbst vorgelesen wurde

74

Eltern, denen selbst nicht vorgelesen wurde

47

815 befragte Eltern 1- bis 8-jähriger Kinder, Mai/Juni 2024

dpa • 107923 Quelle: Vorlesemonitor 2024

aber eine „breite gesellschaftliche Entwicklung: Die Leute lesen immer weniger.“ Menschen aller Altersgruppen seien „mit dem eigenen Vorbild im Alltag aufgefordert, jeden Tag zu einer guten Lesekultur in der Familie beizutragen“, merkte Anette Röttger (CDU) an.

## Zahlen zum Lesen

Etwa einem Drittel der Kinder in Deutschland wird zu Hause nicht vorgelesen. Das geht aus einer aktuellen Studie der Stiftung Lesen hervor (siehe Grafik). Demnach schauen etwa 15 Prozent der Eltern selten gemeinsam mit ihren ein- bis achtjährigen Kindern in ein Buch. 18 Prozent geben sogar an, ihren Kindern nie etwas vorzulesen. Gegenüber der vorherigen Studie aus dem Jahr 2022 verzeichnen die Forscher immerhin einen höheren Anteil an regelmäßigen Leseratten: Der Wert stieg von 61,3 auf 67,7 Prozent. Im

Oktober 2023 ergab eine Studie des Berliner Instituts für Qualitätsentwicklung im Bildungswesen (IQB), dass zwölf Prozent der schleswig-holsteinischen Neuntklässler den Mindeststandard im Lesen nicht erreichen, der für diese Altersstufe erwartet wird. Der Rückstand ist bei Kindern aus Zuwandererfamilien besonders groß. Sie erreichen in der IQB-Studie beim Deutsch-Lesen im Schnitt 425 Punkte. Schüler, deren Eltern beide in Deutschland geboren wurden, kommen auf 500 Punkte.

i

# Cybersicherheit leidet an „kleinteiliger Struktur“ und Fachkräftemangel

©dpa/Sina Schuldt

**Aus dem Internet drohen Attacken auf die kritische Infrastruktur: Hacker greifen Unternehmen, Krankenhäuser und Behörden an und versuchen, den Bahnverkehr oder die Strom- und Wasserversorgung lahmzulegen. Dies seien „hybride Attacken, die das Grundvertrauen in den Staat erschüttern sollen“, mahnte Sönke Marahrens vom Institut für Sicherheitspolitik der Uni Kiel Mitte November in einer Anhörung des Wirtschafts- und Digitalisierungsausschusses. Es gehe dabei „um das Erzeugen einer Gesamtunzufriedenheit“. Abgeordnete und Experten nahmen die Lage unter die Lupe und machten eine Reihe offener Baustellen aus. Anlass war ein Regierungsbericht aus dem vergangenen Jahr.**

## **Blickpunkt 1: Die Kommunen**

Die kommunale Ebene, etwa Sozialämter, Meldebehörden und Stadtwerke, steht besonders im Fokus – da waren sich alle Beteiligten einig. Holger Behrens, Vorstandsvorsitzender des Bundesverbands für den Schutz Kritischer Infrastrukturen (BSKI), forderte mehr „Ganzheitlichkeit“. Es müsse darum gehen, „physische Angriffe“ wie Vandalismus und Sabotage sowie die „hybride Gefahrenlage“ im Cyberraum gemeinsam zu betrachten und sich dagegen zu wappnen. Die SSW-Abgeordnete Sybilla Nitsch erinnerte an die „Verantwortung des Landes für die Kommunen“. Dies sei in Schleswig-Holstein besonders wichtig, denn das Land sei mit seinen mehr als 1.000 Städten

und Gemeinden und einer hohen Anzahl an ehrenamtlichen Bürgermeistern sehr „kleinteilig aufgestellt“. „In den Kommunen haben wir teilweise nicht mal IT-Abteilungen, geschweige denn jemanden, der sich um Cybersicherheit kümmert“, monierte Bernd Buchholz (FDP).

## **Blickpunkt 2: Die Personalknappheit**

„Wir haben keine Fachkräfte, weder in den Unternehmen noch in den Kommunen“, so BSKI-Mann Behrens: „Der Markt ist einfach leer“, und in der Konkurrenz zur freien Wirtschaft gebe es für potentielle Bewerber „keine Anreize“, sich für den öffentlichen Dienst zu entscheiden. Die Kommunen müssten deswegen ihre vorhandenen Mitarbeiter spezialisiert ausbilden, „auch in der oberen Verwaltungsebene bei Bürgermeistern und Landräten“. Kianusch Stender (SPD) forderte, „das Welcome-Center endlich strukturell und finanziell vernünftig auszustatten und Fachkräfte im IT-Bereich anzuwerben“. Die Landesdatenschutzbeauftragte Marit Hansen forderte eigene Lehrstühle für Cybersicherheit. Viele Informatik-Absolventen seien auf diesem Gebiet nicht bewandert. Auch Nelly Waldeck (Grüne) regte an, das Thema in den Informatik-Studiengängen zu stärken und „die Leute besser in diesem Bereich auszubilden“.

## **Blickpunkt 3: Die Hersteller**

Ein weiterer Knackpunkt ist die Abhängigkeit von kommerziellen Hard- und

Softwareanbietern, über deren Produkte Attacken vorgenommen werden. Sönke Marahrens von der Kieler Uni nannte als Beispiel TV-Geräte aus chinesischer Produktion: „Die senden teilweise pro Minute ein Bild nach China.“ Der Weg des Landes, das seine Behördensoftware derzeit von Microsoft-Produkten auf Open-Source-Software umstellt, stieß auf positive Resonanz. Dies sei „der Königsweg“, so Holger Behrens vom BSKI. Ulrich Plate vom Zentrum für digitalen Fortschritt D64 lobte, Schleswig-Holstein habe mit seinem IT-Dienstleister Dataport in Altenholz bei Kiel im Vergleich zu anderen Bundesländern einen „Glücksgriff“ getan.

## **Blickpunkt 4: Die Landesregierung**

Wie gut ist Schleswig-Holstein ansonsten aufgestellt? Ulrich Plate von D64 nahm den Regierungsbericht aufs Korn: Er enthalte „keinerlei Hinweise“, welche Maßnahmen und welche Finanzmittel notwendig seien, „um Schleswig-Holstein zur digitalen Resilienz zu führen“. Der FDP-Abgeordnete Buchholz beantragte, Digitalminister Dirk Schrödter (CDU) zur vertieften Beratung in den Ausschuss zu laden: Dieser sei „aufgefordert, jetzt schnellstmöglich nachzubessern und dem Ausschuss nachprüfbar Zahlen und Fakten zu liefern“. Uta Wentzel (CDU) rief dazu auf, die gesamte Bevölkerung für dieses Thema zu sensibilisieren. So solle es an Schulen Übungen im Umgang mit Katastrophenfällen und hybriden Angriffen geben – „ähnlich wie beim Feueralarm“.

# Proteste gegen Zusammenlegung von Gerichten: Ministerin bessert nach

Die Gerichtsreform von Justizministerin Kerstin von der Decken (CDU) hat den Landtag im Herbst mehrfach beschäftigt. Laut den ursprünglichen Plänen sollten die vier Sozial- und die fünf Arbeitsgerichte des Landes in einem Fachzentrum gebündelt werden, um Kosten im zweistelligen Millionenbereich zu sparen. Dagegen regten sich massive Proteste. Das wurde Anfang November in einer gemeinsamen Sitzung des Innen- und Rechts- und des Petitionsausschusses deutlich. Anschließend entschärfte die Ministerin die Reform – und stieß in der Plenarsitzung Ende November trotzdem auf heftige Kritik seitens der Opposition.

Der Innen- und Rechtsausschuss befasste sich auf Antrag der FDP mit dem Thema, der Petitionsausschuss beteiligte sich mit einer Anhörung an der Sitzung, nachdem binnen 14 Tagen mehr als 4.200 Menschen die Online-Petition „Zugang zum Recht erhalten – Arbeits- und Sozialgerichte sichern“ unterschrieben hatten. Petent Frank Hornschu, Geschäftsführer des Deutschen Gewerkschaftsbundes Region Kiel, begründete seine Eingabe: „Unsere Gerichte müssen, weil der Rechtsschutz Verfassungsrang hat, für alle Menschen im Land gut erreichbar sein.“ Auch den Mitarbeitern stünden lange Fahrtzeiten zum Arbeitsplatz bevor.

Diesen Punkt untermauerte Katrin Gebhardt, Vorsitzende der Neuen Richtervereinigung: „Die wenigsten unserer Klägerinnen und Kläger verfügen über ein eigenes Auto, und sehr viele sind insgesamt in ihrer Mobilität stark beeinträchtigt.“ Christine Schmehl, Vorsitzende des Richterverbands, monierte, dass die Ministerin die Reform im September ohne vorherige Absprache verkündet hätte: „Die unterbliebene Kommunikation ist ein nicht reparabler Geburtsfehler dieser Reform.“ Die Folge sei ein „massiver Vertrauensverlust“ in der Justiz.

## Reform der Reform: Lob und Kritik im Landtag

Ende November stellte die Ministerin eine weniger einschneidende Variante vor. Demnach sollen die Sozialgerichte in Kiel und Itzehoe Zweigstellen in Schleswig und Lübeck erhalten, die Arbeitsgerichte in Kiel und Lübeck

auswärtige Kammern in Flensburg und Itzehoe. Neumünster verlöre sein Arbeitsgericht. Das Arbeitsgericht Elmshorn wird demnach als auswärtige Kammer nach Itzehoe verlagert. Das Landessozialgericht wird im Gebäude des Oberverwaltungsgerichts in Schleswig angesiedelt, das Landesarbeitsgericht und das Finanzgericht im Gebäude des Amtsgerichts Kiel. Nach dem Entwurf soll es zu einer Konzentration von aktuell 17 auf zehn Gebäude kommen. Die Ministerin beziffert das Sparvolumen langfristig auf 45 bis 50 Millionen Euro und bedankte sich im Landtag bei der Justiz für „zahlreiche konstruktive Stellungnahmen“. Sie habe in all ihren Gesprächen um eine Mitwirkung gebeten und „immer betont, dass wir gemeinsam Lösungen finden werden“.

„Mit selbstbewusster Haltung hat die Justiz dafür gesorgt, dass die unsinnigen Pläne nicht umgesetzt werden“, betonte Bernd Buchholz (FDP). Er nannte das

Vorgehen die vielleicht größte Blamage der schwarz-grünen Landesregierung. Marc Timmer (SPD) sprach von einer „Irrfahrt des gesamten Kabinetts“. Eine krasse Fehlkalkulation sei korrigiert und ein Justizirrtum vermieden worden. SSW-Fraktionschef Lars Harms merkte an: „Die Rückmeldungen waren wirklich von allen Seiten vernichtend.“ Unterm Strich hätte „die angebliche Spar-Reform vielleicht sogar zu Mehrkosten geführt“.

Jan Kürschner (Grüne) lobte hingegen das Justizministerium: „Man hat keine Burgmentalität entwickelt.“ Alle Beteiligten hätten sich „bemerkenswert beweglich gezeigt“. Mit dem Ergebnis sei er „sehr zufrieden“, so Kürschner. Die Veränderungsbedarfe seien auf allen Seiten erkannt worden, sagte Marion Schiefer (CDU). Insofern gebe es „kein Scheitern“ der Reform, sondern „verantwortliches Handeln“ und einen Sieg der Vernunft.



Zahlreiche Betroffene verfolgten Anfang November die rund dreistündige Sitzung der beiden Ausschüsse im vollbesetzten Schleswig-Holstein-Saal.

# Dirk Nowitzki, D'Artagnan, Troubadix und Bismarck

## Aus dem Plenarprotokoll: die Zitate des Jahres 2024

„Wir bangten in jeder Kurve um die Radsportlerinnen, die beim Keirin im Velodrom fuhren, sprangen von der Couch auf beim Staffellauf, jubelten beim letzten Spiel von Mikkel Hansen beim Handballfinale und machten uns einen Spaß daraus, Dirk Nowitzki, der groß genug dafür ist, im Publikum zu erspähen.“

(Lars Harms, SSW, blickt am 22. November in der Debatte über eine Kieler Olympiabewerbung für 2036 oder 2040 auf die Sommerspiele von Paris 2024 zurück.)

„Aber sich hier nur hinzustellen und zu sagen, unsere Vorschläge seien blöd und was Berlin mache sei blöd, finde ich in der Summe dann total blöd, weil da gar keine Lösung drin ist.“

(Lukas Kilian, CDU, am 26. September in der Debatte über die Trassenentgelte der Bahn)

„Ich frage mich allerdings: Wir fahren zum Mars, und warum haben wir dann keine anderen Möglichkeiten, die Schlagsahne auf die Erdbeeren zu bekommen?“

(Birte Pauls, SPD, am 20. Juni in der Debatte über ein Verkaufsverbot von Lachgas an Jugendliche. Das Gas, das auch in Sahnespendern enthalten ist, wird zunehmend als Rauschmittel verwendet.)

„Ich habe sehr viele Jahre an der Kasse gearbeitet. Ich habe den traurigen Moment erlebt, als eine Tiefkühltruhe kaputtging und 120 Tiefkühl-Pizzen weggeschmissen wurden. Um das



„Der Umweltminister und ich, wir haben ja noch einige Gemeinsamkeiten. Das ist nicht die Frisur, vielleicht auch nicht das Gewicht, aber der Mann ist 1981 geboren, verheiratet, drei Kinder: alles Doppelungen, kenne ich auch, hat einen Top-Brillengeschmack, muss man sagen, und jetzt höre ich gerade, er liebt das Ordnungsrecht. Ich

war mal das Ordnungsrecht bei der Stadt Flensburg.“

(Christian Dirschauer, SSW, ehemaliger Personalchef im Flensburger Rathaus, am 18. Oktober über Gemeinsamkeiten zwischen ihm und Umweltminister Tobias Goldschmidt, Grüne)

„Das dänische Maßnahmengesetz hat zwölf Seiten, der deutsche Planfeststellungsbeschluss hat 1.353 Seiten. In Deutschland gab es etwa 16.000 Einwendungen, in Dänemark 42. Davon haben 40 das Vorhaben begrüßt.“

(Verkehrsminister Claus Ruhe Madsen, CDU, am 21. Juni über die Unterschiede im Umgang mit der Fehmarnbeltquerung)



zu umgehen, würde man also sofort die Reparatur veranlassen, egal, ob es Sonntag oder Feiertag oder ein Mittwoch ist. Das war schwierig; Niemand von uns durfte die Pizza mitnehmen, sondern sie musste entsorgt werden.“

(Lasse Petersdotter, Grüne, am 22. Mai in der Debatte über eine Sonntagsöffnung von automatisierten Supermärkten)

„CDU und Grüne hatten im Koalitionsvertrag übrigens angekündigt, Schleswig-Holstein zu einer ‚digitalen Vorreiterregion in Europa‘ machen zu wollen. Donnerwetter! Dann wird es ja höchste Zeit, endlich Abschied vom heißgeliebten Briefkasten zu nehmen.“

(Christopher Vogt, FDP-Fraktionschef, am 16. Oktober in der Debatte über Förderanträge zum Ganztagsausbau, die nur schriftlich eingereicht werden konnten)

„In Hamburg kann selbst die Note für den Oberstufenchor ins Abi eingebracht werden. Demgegenüber sind wir in Schleswig-Holstein strenger und richten den Fokus auf echte Fächer. Ich wette, in Hamburg hätte selbst Troubadix gut abgeschnitten.“

(Martin Balasus, CDU, am 25. September in der Debatte über unterschiedliche Abiturnoten in den verschiedenen Bundesländern und den untalentierten Barden aus „Asterix“)

„Ich bin um 20 Uhr beim Italiener verabredet, sage aber Ja.“

(Thomas Hölck, SPD, am 22. Februar um kurz vor 18 Uhr auf die Frage, ob er eine Zwischenbemerkung des FDP-Abgeordneten Bernd Buchholz zulässt)

„Da habe ich meine Zweifel, Herr Kollege Balasus. Die Argumentation: ‚Es war ja mal verboten, deshalb darf man es nicht legalisieren‘ lässt tief in die konservative Seele blicken. Auch Frauenfußball war ja mal verboten.“

(Kai Dolgner, SPD, am 19. Juli zur Debatte über eine mögliche Legalisierung von Pyrotechnik in Fußballstadien und zum Redebeitrag des CDU-Abgeordneten Martin Balasus)

„Die erste Generation schafft Vermögen, die zweite verwaltet Vermögen, die dritte studiert Kunstgeschichte, und die vierte verkommt vollends.“

(Jan Kürschner, Grüne, zitiert den langjährigen Reichskanzler Otto von Bismarck am 20. November in der Debatte über eine angebliche Steueroase im Sachsenwald, der Bismarcks Nachkommen gehört.)



„Ich habe vor einem Jahr von diesem Pult aus gesagt: Sie legen die Latte verdammt hoch. Eigentlich so hoch, dass der Verkehrsminister nur darunter durchkriechen kann. Aber das tut er nicht. Das tut er nicht, denn er ist gar nicht losgelaufen.“

(Bernd Buchholz, FDP, am 21. Februar in der Debatte über eine von der Koalition ausgerufene „Mobilitätsgarantie“)

„Wenn jemand Angst vor einer Spinne hat, dann wird ihm diese nicht dadurch genommen, dass man eine zweite Spinne danebensetzt.“

(Martin Habersaat, SPD, am 20. November in der Debatte über schlechte Noten in der Mathematik-Anschlussprüfung, die verbreitete Furcht vor diesem Fach, und den Vorschlag, eine zusätzliche Mathe-Stunde einzuführen)

„Lieber Kollege Dirschauer, lassen Sie mich zu Beginn sagen: Sie machen tolle Arbeit als Opposition, und deshalb sind Sie in der Opposition genau richtig aufgehoben und sollten dort auch unbedingt bleiben.“

(Tobias Koch, CDU-Fraktionschef, am 22. Mai an die Adresse des SSW-Abgeordneten Christian Dirschauer)

„Ihr verklausulierter Satz bedeutet, dass Sie sagen wollen, wie viele Wölfe eigentlich so ganz okay sind – ich habe aus konservativen Kreisen gehört: so circa null bis zwei – und dass diese sich nur da aufhalten dürfen, wo man sie nicht hört, nicht sieht und sie eigentlich nur so da sind, sprich: im Zoo.“



(Sandra Redmann, SPD, am 18. Oktober über FDP-Forderungen nach einem strengeren Wolfsmanagement)

„Wer nach allen Seiten offen ist, kann nicht ganz dicht sein!“

(Oliver Kumbartzky, FDP, am 25. Januar nach der Enthaltung des SSW zum „Schleswig-Holstein-Pakt“ der SPD)

„Wie habe ich mir das vorzustellen? Um im Bild zu bleiben: Athos, Porthos und Aramis begeben sich fröhlich in den Kampf – kollaborativ, unabhängig, ambitioniert, agil und fokussiert. D’Artagnan sitzt derweil auf der Mauer und feuert die anderen an. Auf Nachfrage erklärt er, er habe keinerlei Kenntnis darüber, dass der Kampf von den anderen projektbeteiligten Musketieren eingestellt wird, behält sich aber vor, zu einem späteren Zeitpunkt einzusteigen. Ich fürchte nur, zum abendlichen Bier wird er nicht eingeladen.“

(Birgit Herdejürgen, SPD, am 25. Januar über den Rückzug Schleswig-Holsteins aus den Plänen für eine gemeinsame Innovationsagentur mit Hamburg)

„Lieber Herr Kollege Buchholz, ich bin froh, dass Sie die Studie gelesen haben. Allerdings sagt mein Kollege Balasus immer wieder gern: Man muss lesen und verstehen.“

(Michel Deckmann, CDU, am 27. September in der Debatte über klimaschonendes Bauen an die Adresse des FDP-Abgeordneten Bernd Buchholz)

„Damit ist der Wahlvorschlag einstimmig angenommen und die vorgeschlagene Eka von Kalben, die ich bin, gewählt. Laut Sprechzettel wünsche ich mir viel Erfolg bei der Arbeit.“

(Vizepräsidentin Eka von Kalben am 17. Juli, nachdem sie die Abstimmung über ihre eigene Wahl in den europäischen Ausschuss der Regionen geleitet hatte)

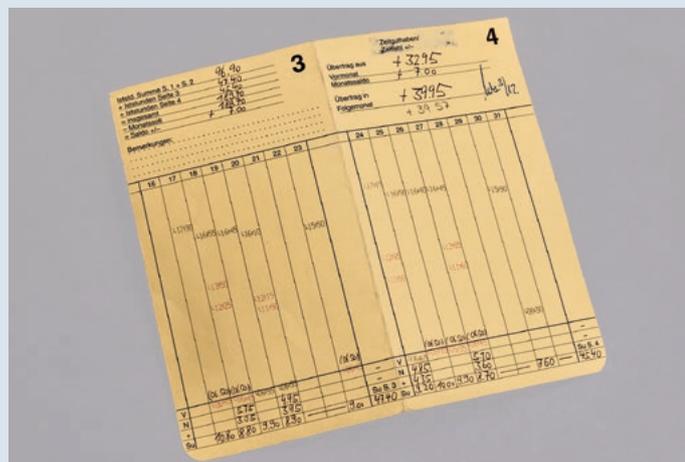
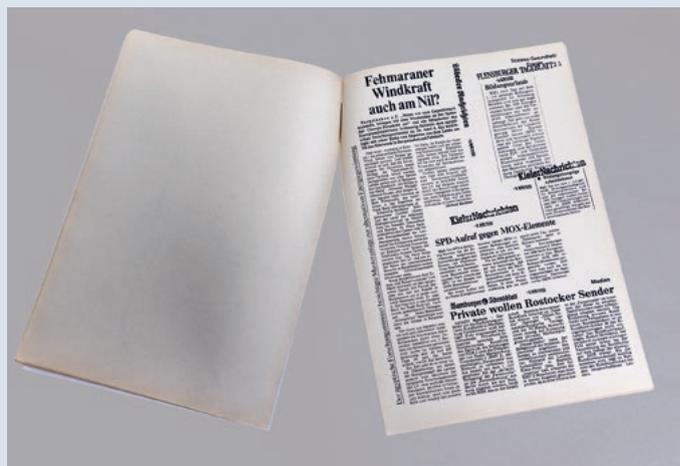


# „Das war dann mal weg...“



Der Tischfernsprecher W 48 war eines der ersten Telefone, die nach dem Zweiten Weltkrieg für die Bundespost hergestellt wurden. Er war das Standardgerät in den bundesdeutschen Verwaltungen, so auch im Kieler Landtag. Schwarz war die übliche Farbe, die Ausführung in „Elfenbein“ (einem blassen Weiß) gab es in der Verwaltung nicht. Heutige Telefone bieten früher unvorstellbare Extras wie Nummernspeicher, Anrufbeantworter, Rückrufbitte oder Konferenzfunktion.

Der Pressespiegel gehört seit 1970 zur täglichen Routine im Landeshaus. Ab 6 Uhr morgens werten Mitarbeiter der Pressestelle die Tageszeitungen aus und „nehmen Artikel mit“, wenn ein Bezug zu Landtag und Landesregierung besteht – etwa, wenn ein Abgeordneter oder ein Minister erwähnt wird. Früher war dies Handarbeit: Die Texte wurden mit der Schere ausgeschnitten, auf Papier geklebt, mit einem Stempel der jeweiligen Zeitung versehen und in der Druckerei vervielfältigt, so dass das Heft um etwa 9 Uhr per Hauspost verteilt werden konnte. Heute läuft sowohl die Presseauswertung als auch die Verbreitung des Pressespiegels digital.



Wie in vielen Büros und Betrieben, so wurde die Arbeitszeit auch in der Landtagsverwaltung jahrelang per Stempelkarte erfasst. Ankunft und Feierabend sowie, bei längerer Abwesenheit, die Mittagspausen mussten täglich erfasst und anschließend per Hand in eine Stundenzahl umgerechnet werden. Über- oder Unterstunden wurden am Ende eines Monats im Vergleich zu einer Sollzahl errechnet. Dabei ging es um „Industrieminuten“: Die Angabe „16:90“ entsprach der tatsächlichen Uhrzeit 16:54. Heute erledigt eine Chipkarte diese Arbeit

In den vergangenen Jahrzehnten hat die Digitalisierung die Welt tiefgreifend verändert, und das gilt auch für die Arbeit in der Landtagsverwaltung. Notebook, E-Akte und Scanner haben analoge Bürouensilien weitgehend ersetzt. Das Referat „Wissensmanagement, Reden, Parlamentsgeschichte“ hat Alltagsgegenstände aus früherer Zeit gesammelt, die teilweise im Keller des Landeshaus lagerten, teilweise von aufmerksamen Kollegen aufbewahrt wurden.

Um komplexe Rechnungen leichter zu bewältigen, waren ab Anfang der 1970er-Jahre elektronische Rechenmaschinen im Gebrauch. Der Tischrechner EL 21951L stammt von der japanischen Firma Sharp, dem damaligen Marktführer. Die Leuchtanzeige des im Landeshaus übrig gebliebenen Modells funktioniert nur noch teilweise – eingegeben wurden die Zahlen von 1 bis 7.



Das Handbuch informiert seit den 1950er-Jahren kompakt über die Zusammensetzung des Landtages und über wesentliche rechtliche Grundlagen der parlamentarischen Arbeit. So wird jedes Parlamentsmitglied mit Porträtfoto, Lebenslauf und weiteren persönlichen Angaben vorgestellt. Zum ersten Mal brachte der Landtag ein solches Buch zu Beginn der 3. Wahlperiode im Jahr 1954 heraus (li.). Auch heute gibt es das Handbuch noch – in modernem Design, aber mit ähnlichen Inhalten (re.). Alle Informationen zu Abgeordneten und zentrale Gesetzestexte stehen inzwischen natürlich auch auf der Website [www.sh-landtag.de](http://www.sh-landtag.de)

Suppe gibt es in der Kantine des Landeshauses auch heute noch, aber die schmucken tiefen Porzellanteller mit Landeswappen stehen seit den 1980er-Jahren nicht mehr im Geschirrschrank. Das blau-weiß-rote Exemplar mit Löwen und Nesselblatt stammt aus der bayrischen Manufaktur Plankenhammer, die auch heute noch existiert.



# Sitzungskalender des Schleswig-Holsteinischen Landtages 2025

Januar	Februar	März	April	Mai	Juni
1 Mi Neujahr	1 Sa	1 Sa	1 Di	1 Do Tag der Arbeit	1 So
2 Do	2 So	2 So	2 Mi	2 Fr	2 Mo
3 Fr	3 Mo	3 Mo	3 Do	3 Sa	3 Di
4 Sa	4 Di	4 Di	4 Fr	4 So	4 Mi
5 So	5 Mi	5 Mi	5 Sa	5 Mo	5 Do
6 Mo Heil. drei Könige	6 Do	6 Do	6 So	6 Di	6 Fr
7 Di	7 Fr	7 Fr	7 Mo	7 Mi	7 Sa
8 Mi	8 Sa	8 Sa Internationaler Tag der Frau	8 Di	8 Do	8 So Pfingsten
9 Do	9 So	9 So	9 Mi	9 Fr Europatag	9 Mo Pfingsten
10 Fr	10 Mo	10 Mo	10 Do	10 Sa	10 Di
11 Sa	11 Di	11 Di	11 Fr	11 So	11 Mi
12 So	12 Mi	12 Mi	12 Sa	12 Mo	12 Do
13 Mo	13 Do	13 Do	13 So	13 Di	13 Fr
14 Di	14 Fr	14 Fr	14 Mo	14 Mi	14 Sa
15 Mi	15 Sa	15 Sa	15 Di	15 Do	15 So Veteranentag
16 Do	16 So	16 So	16 Mi	16 Fr	16 Mo
17 Fr	17 Mo	17 Mo	17 Do	17 Sa	17 Di
18 Sa	18 Di	18 Di	18 Fr Karfreitag	18 So	18 Mi
19 So	19 Mi	19 Mi	19 Sa	19 Mo	19 Do
20 Mo	20 Do	20 Do	20 So Ostern	20 Di	20 Fr
21 Di	21 Fr	21 Fr	21 Mo Ostern	21 Mi	21 Sa
22 Mi	22 Sa	22 Sa	22 Di	22 Do	22 So
23 Do	23 So	23 So	23 Mi	23 Fr Tag des Grundgesetzes	23 Mo
24 Fr	24 Mo	24 Mo	24 Do	24 Sa	24 Di
25 Sa	25 Di	25 Di	25 Fr	25 So	25 Mi
26 So	26 Mi	26 Mi	26 Sa	26 Mo	26 Do
27 Mo Holocaust-Gedenktag	27 Do	27 Do	27 So	27 Di	27 Fr
28 Di	28 Fr	28 Fr	28 Mo	28 Mi	28 Sa
29 Mi	29 Sa	29 Sa	29 Di	29 Do Christi Himmelfahrt	29 So
30 Do	30 So	30 So	30 Mi	30 Fr	30 Mo
31 Fr	31 Mo	31 Mo		31 Sa	

## 3. Mai 2025: 75 Jahre Landeshaus

Ein besonderes Jubiläum steht am 3. Mai 2025 an. An diesem Tag im Jahr 1950 trat der Landtag zum ersten Mal im Landeshaus zusammen. „Das Wandern des Schleswig-Holsteinischen Landtages ist nun vorbei, wir haben unseren eigenen Plenarsaal“, sagte Parlamentspräsident Karl Ratz zum Auftakt der Sitzung vor 75 Jahren. Er blickte auf die Zeit zurück, als der Landtag an verschiedenen Orten in Kiel, überwiegend in der Pädagogischen Hochschule, getagt hatte, aber auch nach Eckernförde, Flensburg und Lübeck gereist war.



Das Landeshaus Anfang der 1950er-Jahre

Ratz blickte an diesem Tag auf halbleere Ränge. Im Frühjahr 1950 war die Atmosphäre zwischen SPD-Mehrheit und CDU-Opposition so frostig, dass

die Christdemokraten monatelang den Landtagssitzungen fernblieben. Hintergrund waren SPD-Vorwürfe gegen CDU-Politiker, die sich angeblich mit unlauteren Mitteln Anteile an den „Kieler Nachrichten“ sichern wollten, und der Streit um die frisch beschlossene Landessatzung. Dort hatten die Sozialdemokraten zwei ihrer Kernthemen, die sechsjährige Grundschule und die Enteignung von Großbauern, verankert – gegen den heftigen Widerstand der CDU.

Legende: ■ Plenum ■ Schulferien / Sitzungsfreie Zeit  
■ Ältestenrat ■ Bundesrat

Juli	August	September	Oktober	November	Dezember
1 Di	1 Fr	1 Mo	1 Mi	1 Sa	1 Mo
2 Mi	2 Sa	2 Di	2 Do	2 So	2 Di
3 Do	3 So	3 Mi	3 Fr <small>Tag der Deutschen Einheit</small>	3 Mo	3 Mi
4 Fr	4 Mo	4 Do	4 Sa	4 Di	4 Do
5 Sa	5 Di	5 Fr	5 So	5 Mi	5 Fr
6 So	6 Mi	6 Sa	6 Mo	6 Do	6 Sa
7 Mo	7 Do	7 So	7 Di	7 Fr	7 So <small>2. Advent</small>
8 Di	8 Fr	8 Mo	8 Mi	8 Sa	8 Mo
9 Mi	9 Sa	9 Di	9 Do	9 So	9 Di
10 Do	10 So	10 Mi	10 Fr	10 Mo	10 Mi
11 Fr	11 Mo	11 Do	11 Sa	11 Di	11 Do
12 Sa	12 Di	12 Fr	12 So	12 Mi	12 Fr
13 So	13 Mi	13 Sa	13 Mo	13 Do	13 Sa
14 Mo	14 Do	14 So	14 Di	14 Fr	14 So <small>3. Advent</small>
15 Di	15 Fr	15 Mo	15 Mi	15 Sa	15 Mo
16 Mi	16 Sa	16 Di	16 Do	16 So <small>Volkstrauertag</small>	16 Di
17 Do	17 So	17 Mi	17 Fr	17 Mo	17 Mi
18 Fr	18 Mo	18 Do	18 Sa	18 Di	18 Do
19 Sa	19 Di	19 Fr	19 So	19 Mi <small>Buß- und Bettag</small>	19 Fr
20 So	20 Mi	20 Sa	20 Mo	20 Do	20 Sa
21 Mo	21 Do	21 So	21 Di	21 Fr	21 So <small>4. Advent</small>
22 Di	22 Fr	22 Mo	22 Mi	22 Sa	22 Mo
23 Mi	23 Sa	23 Di	23 Do	23 So	23 Di
24 Do	24 So	24 Mi	24 Fr	24 Mo	24 Mi <small>Heiligabend</small>
25 Fr	25 Mo	25 Do	25 Sa	25 Di	25 Do <small>1. Weihnachtstag</small>
26 Sa	26 Di	26 Fr	26 So	26 Mi	26 Fr <small>2. Weihnachtstag</small>
27 So	27 Mi	27 Sa	27 Mo	27 Do	27 Sa
28 Mo	28 Do	28 So	28 Di	28 Fr	28 So
29 Di	29 Fr	29 Mo	29 Mi	29 Sa	29 Mo
30 Mi	30 Sa	30 Di	30 Do	30 So <small>1. Advent</small>	30 Di
31 Do	31 So		31 Fr <small>Reformationstag</small>		31 Mi <small>Silvester</small>

## Wahljahr 2025: Bund, Hamburg und NRW

Das Wahljahr 2025 steht im Zeichen der Bundestagswahl am 23. Februar. Auf diesen Termin haben sich die Fraktionen im Bundestag nach dem Bruch der Ampelkoalition verständigt. Zuvor muss Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) die Vertrauensfrage stellen – bei einer von ihm angestrebten Niederlage würde Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier voraussichtlich das Parlament auflösen.

Schleswig-Holstein wird für diese Wahl, wie 2021, in elf Wahlkreise aufgeteilt, deren Zuschnitt sich nicht geändert hat. Eine Neueinteilung der Wahlkreise gibt es aufgrund demographischer Veränderungen in Brandenburg, Sachsen-Anhalt und Bayern.

Das einzige Landesparlament, das im kommenden Jahr voraussichtlich neu gewählt wird, ist die Hamburger Bürgerschaft, der Termin ist der 2. März. Die einzige Kommunalwahl des Jahres 2025 geht am 14. September in Nordrhein-Westfalen über die Bühne. Dort geht es um die Besetzung der Stadt- und Gemeinderäte, der Kreistage, der Bezirksversammlungen und des „Ruhrparlaments“.



Rund 59 Millionen Wahlberechtigte können bei der Bundestagswahl ihre Stimme abgeben.

# Haushalt 2025: „Kraftanstrengung“ mit „schmerzhaften“ Einschnitten

In Zeiten einer lahmen Wirtschaft und internationaler Krisen müsse Schleswig-Holstein in der Finanzpolitik eine „große Kraftanstrengung“ bewältigen. Das betonte Finanzministerin Silke Schneider (Grüne) Mitte Oktober bei der Vorstellung des Landeshaushalts für 2025. Sie kündigte Maßnahmen an, die „in Teilen schmerzhaft für alle“ seien. Die Folgen „werden für die Menschen in Schleswig-Holstein spürbar sein“. Dennoch sei der Etat für das kommende Jahr auch ein „Investitionshaushalt“. Die Opposition warf der Regierung eine falsche Schwerpunktsetzung vor. SPD, SSW und auch die Grünen forderten erneut eine Reform der Schuldenbremse.

17,02 Milliarden Euro soll das Land nach Willen des Kabinetts ausgeben. Dem stehen Einnahmen von 16,63 Milliarden Euro gegenüber. Die Lücke will das Land aus Rücklagen und mit einer Kreditaufnahme von 298 Millionen Euro decken. Außerdem sollen die Ministerien in ihren Bereichen Geld sparen, insgesamt 217 Millionen Euro. Vorgesehen sind beispielsweise Kürzungen bei der Unterbringung von Flüchtlingen, ein Minus bei der Städtebauförderung sowie weniger Zuschüsse an das Uniklinikum UKSH. Einen Teil der Nettokreditaufnahme will die Landesregierung auch im Jahr 2025 mit einem Notkredit bestreiten. 116,4

knapper Kassen viele Zukunftsthemen.“ So gebe es Extra-Geld für Bildung und sozialen Wohnungsbau sowie mehr Personal in der Steuerverwaltung, bei Staatsanwaltschaften und an den Schulen.

## Opposition protestiert gegen Sparbeschlüsse

„Sie beantworten eine Krise mit einem Sparkurs“, entgegnete Oppositionsführerin Serpil Midyatli (SPD): „Dabei zeigen doch die jüngsten Krisen, dass es wichtig ist, gerade jetzt zu investieren.“ Im Lande fehlten 15.600 Kita-Plätze, Schulen seien marode, die Ergebnisse der Schüler immer

Er verteidigte den Konsolidierungskurs und hob hervor, dass alle Ministerien ihren Beitrag leisteten, dass aber „nicht mit dem Rasenmäher“ gekürzt werde. So sei ein finanzieller Kahlschlag bei der Bildung vermieden worden. „Wir geben mit diesem Sparhaushalt mehr Geld für Bildung aus als jemals zuvor in diesem Land“, betonte Koch. Der Grünen-Fraktionsvorsitzende Lasse Petersdotter stellte klar, dass Sparmaßnahmen unumgänglich seien. Trotzdem setze die Koalition klare Prioritäten in den Bereichen Wohnungsbau, Klimaschutz und Bildung. Petersdotter sprach sich für eine Reform der Schuldenbremse aus und verwies auf seine jüngste Reise nach Japan: „Da haben wir gesehen, wie ein Land ohne Schuldenbremse funktioniert – und zwar hervorragend.“ Es gebe funktionierende Brücken und pünktliche Züge, „und das in einem Land mit einer Schuldenquote von 280 Prozent“.

FDP-Fraktionschef Christopher Vogt warf der Landesregierung falsche Schwerpunktsetzung vor. So werde im Bildungsbereich „an wirklich schmerzhaften Stellen“ gespart: „Die Absenkung der Unterrichtsversorgung ist problematisch, weil schon heute viel zu viel Unterricht ausfällt.“ Die Investitionsquote liege bei lediglich 9,1 Prozent, so Vogt: „Das ist zu wenig, Kürzungen wie beim Landesstraßennetz sind kontraproduktiv.“ SSW-Fraktionschef Lars Harms forderte ebenfalls eine Reform der Schuldenbremse: Damit ließen sich laut Rechnungshof jährlich etwa 180 Millionen Euro nutzbar machen. Zudem komme eine Vermögenssteuer als Landessteuer den Landeshaushalten zu Gute. Rund 575 Millionen Euro ließen sich nach seriösen Berechnungen so generieren – „durchaus genug, um so einige Löcher zu stopfen und sinnvolle Investitionen anzustoßen“, sagte Harms.

Nach der Beratung in den Ausschüssen ist die Verabschiedung des Etats für Ende Januar vorgesehen.



Der erste Haushalt der seit August amtierenden Finanzministerin Silke Schneider (Grüne) stieß bei CDU-Fraktionschef Tobias Koch (Mitte) auf Zuspruch – beim FDP-Fraktionsvorsitzenden Christopher Vogt (re.) hingegen auf scharfe Kritik.

Millionen Euro soll das Land aufnehmen, um die Folgen des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine abzufedern.

„Notkredite sind keine Dauerlösung“, betonte Schneider. Ausgaben für die Energiewende und die innere Sicherheit seien aber nötig, damit Schleswig-Holstein „zügig unabhängig und resilient wird“. Zudem gelte: „Wir bewegen auch in Zeiten

schlechter, fortschreitender Ärztemangel bedinge lange Wartezeiten, bezahlbares Wohnen sei in weiten Teilen des Landes inzwischen Mangelware, so Midyatli. Ihr Fazit: „Sie haben keinen Plan, der Haushalt 2025 wird Schleswig-Holsteins Zukunft gefährden.“

CDU-Fraktionschef Tobias Koch nannte die Lage „erst aber nicht hoffnungslos“.

# E-Scooter-Verbot in Bus und Bahn: Landtag dringt auf Lockerung

Nachdem mehrfach Akkus von E-Scootern in Brand geraten sind, verbieten zahlreiche Verkehrsunternehmen im Lande die Mitnahme der Elektroroller in Bussen und Bahnen. CDU und Grüne haben sich im Oktober dafür eingesetzt, höhere Sicherheitsnormen für die Zweiräder einzuführen. Zudem sollen unbedenkliche E-Roller gekennzeichnet werden, „um die Mitnahme zeitnah wieder zu ermöglichen“. Dafür soll sich die Landesregierung bei Bund und Ländern einsetzen. Die Opposition unterstützte den Antrag.

Lukas Kilian (CDU) kritisierte den „niedrigen Sicherheitsstandard“ vieler Lithium-Ionen-Akkus und das damit verbundene Risiko von Brand, Explosionen und Rauchentwicklung. Ein absolutes ÖPNV-Mitnahmeverbot könne aber keine Dauerlösung sein: „Wir möchten uns dafür einsetzen, dass man wie bei Fahrrädern nach Platzkapazität E-Roller mitnehmen kann.“ Dafür seien bundesweite Standards nötig. Es könne Jahre dauern, so Nelly Waldeck (Grüne), bis eine neue Sicherheitsnorm eingeführt werde und alle Hersteller ihre Produkte entsprechend umgestellt hätten. Deswegen sei eine transparente Kennzeichnung nötig, damit Busfahrer und Bahnpersonal die sicheren Roller schon jetzt erkennen können.

Sybilla Nitsch (SSW) plädierte ebenfalls für eine einheitliche Lösung, denn aktuell wachse der „Dschungel“: „Wenn ich in Husum in den Zug oder in den Expressbus steigen würde und dann meinen E-Roller mitnehme, dann aber in Flensburg aussteige, ist es ein Problem, weil ich ihn in Flensburg nicht mitnehmen darf.“ Die Prüfung der Batterien sei „Bestandteil der Betriebszulassung eines E-Scooters“, so Bernd Buchholz (FDP). Insofern gebe es „keinen Regelungsbedarf“. Hintergrund des verbreiteten Verbots sei eine Empfehlung des Verbandes Deutscher Verkehrsunternehmen (VDV), die der TÜV jedoch für „völlig idiotisch“ halte. Buchholz rief Verkehrsminister Claus Ruhe Madsen (CDU) auf, die scooter-skeptischen Unternehmen direkt anzusprechen. Der Minister sah „Bewegung“ in der Angelegenheit.



© dpa/Federico Gambarini

E-Scooter können den öffentlichen Nahverkehr ergänzen, indem sie die Passagiere über die „letzte Meile“ zum Ziel tragen. An der Haltestelle und auf dem Bahnsteig gilt derzeit aber häufig: kein Zutritt.

Auf Bundesebene sei eine Verordnung für einheitliche Sicherheitsstandards auf dem Wege, und auch der VDV wolle sich das Thema „noch einmal anschauen“.

Auch die SPD stimmte dem Antrag zu, obwohl der Abgeordnete Niclas Dürbrook klarstellte: „Meine Begeisterung für E-Scooter in Bus und Bahn bewegt sich in relativ eng definierten Grenzen.“ Die Züge und Busse seien ohnehin oft „propenvoll“, und der spärliche Platz solle besser für Kinderwagen und Rollstühle freigehalten werden als für E-Roller.

## Politik fordert zweigleisigen Ausbau der Marschbahn nach Sylt

**Der Landtag ist sich einig: Die Marschbahn von Hamburg nach Sylt muss durchgängig auf zwei Gleisen rollen. Das erklärten Vertreter aller Fraktionen Ende Oktober in einem gemeinsamen Dringlichkeitsantrag. „Seit vielen Jahren sind die eingleisigen Streckenabschnitte chronisch überlastet und führen zu einer dauerhaft miserablen Pünktlichkeitsquote“, heißt es in dem Papier.**

Anlass der Debatte waren Berichte, wonach der geplante Ausbau zwischen Niebüll und Klanxbüll sowie zwischen Morsum und Tinnum wegen der angespannten Haushalts-

lage im Bund verschoben werden könnte. „Schleswig-Holstein steht geschlossen zum Ausbau der Marschbahn“, sagte Lukas Kilian (CDU). „Die Strecke vor Sylt ist so überlastet, dass die verschiedenen Züge sich um die Trassen streiten“, stellte Nelly Waldeck (Grüne) fest. Auch die Menschen, die die Züge bedienen, stünden täglich unter Druck, bemerkte Sybilla Nitsch (SSW). Niclas Dürbrook (SPD) erinnerte an die dramatische Situation für die 5.000 Pendler: „Die Strecke ist extrem anfällig, kleine Probleme führen zu großen Ausfällen.“ Nach Ansicht von Bernd Buchholz (FDP) ist es wichtig, immer wieder in Berlin vorstellig zu werden: „Ich glaube, dass wir hier alle Druck machen

müssen, damit all diese Dinge bei der DB AG schneller gehen.“

Der Auftritt von Bundes-Staatssekretär Gero Hocker bei einem Marschbahngipfel in Niebüll wenige Tage vor der Plenardebatte konnte die Skepsis bei vielen Beteiligten nicht ausräumen. Bundesverkehrsminister Volker Wissing (damals FDP, jetzt parteilos) habe mitteilen lassen, dass der Fokus künftig auf den Hochleistungsstrecken liege, berichtete Landesressortchef Claus Ruhe Masen (CDU). Der Bund wolle seine Pläne für die Marschbahn zwar weiterverfolgen, „aber Pläne, die in Schubladen vor sich hinschimmeln, bringen niemandem etwas“.

# Landtag für besseren Schutz für Jesiden

Im Lande lebende Jesiden, denen in ihrer irakischen oder syrischen Heimat die Verfolgung durch die Terrormiliz „Islamischer Staat“ (IS) droht, sollen in Schleswig-Holstein eine dauerhafte Zuflucht finden. Das hat der Landtag Mitte Oktober einstimmig gefordert. Konkret ruft das Landesparlament das Bundesinnenministerium auf, eine Landesaufnahmeanordnung für Jesiden (auch „Ēzîden“ genannt) zu erlassen. Darüber hinaus bittet der Landtag das Berliner Ministerium um einen zeitlich befristeten Abschiebestopp für Jesiden.

Die Jesiden bilden eine religiöse Minderheit im Norden Syriens und des Iraks sowie im Süden der Türkei. Der IS hat seit 2014 zahlreiche Jesiden ermordet, verklavt oder aus ihrer Heimat vertrieben. Die Vereinten Nationen und der Bundestag haben die Verfolgung der Jesiden als Völkermord eingestuft. Trotzdem würden Jesiden immer noch abgeschoben, sagte Lars Harms (SSW), der das Thema auf die Tagesordnung gesetzt hatte. Dies gelte nach der Öffnung von Abschiebungsmöglichkeiten insbesondere für irakische Jesiden. Es sei „nicht zumutbar“, so Harms, „Menschen zehn Jahre nach einem Völkermord zurück ins Land der Täter zu schicken“.

Integrationsministerin Aminata Touré (Grüne) berichtete, sie habe in einem



Jesidische Frauen zeigen Bilder getöteter Angehöriger. Anlass war eine Veranstaltung im Lalish-Tempel im Nordirak anlässlich eines Jahrestags des vom „Islamischen Staat“ verübten Völkermords im Sindschar-Gebiet.

Brief an Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) um Unterstützung für eine Landesaufnahmeanordnung für alle Jesiden gebeten, die zum Stichtag 16. Oktober 2024 in Schleswig-Holstein gelebt haben. Aktuell entscheide das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge im Einzelfall über den Aufenthalt von Jesiden, seit 2017 werde nicht mehr von einer Gruppenverfolgung ausgegangen. „Die Bedrohung ist noch nicht vorbei“, betonte Seyran Papo (CDU). Jesiden hätten kein eigenes Staatsgebiet, und sie seien auf das Wohlwollen der jeweiligen Regierungen angewiesen.

Viele Jesiden lebten immer noch unter „elenden“ Bedingungen in Flüchtlingslagern, so Eka von Kalben (Grüne). „Wir

hätten 2014 alle mehr machen müssen“, sagte Serpil Midyatli (SPD) – der Völkermord an den Jesiden sei damals zu wenig beachtet worden. Auch Bernd Buchholz (FDP) unterstützte den Vorstoß. Er wies zugleich darauf hin, dass der Bundesbeauftragte für weltweite Religionsfreiheit, der SPD-Bundestagsabgeordnete Frank Schwabe, von einer verbesserten Sicherheitslage in der Region ausgehe, da die IS-Herrschaft weitgehend zurückgedrängt worden sei. Zudem fördere das Auswärtige Amt Projekte zum Wiederaufbau und zur Rückkehr in die jesidischen Heimatgebiete. „Wenn die Rückkehr möglich ist“, so Buchholz, „werden wir beim Bundesinnenministerium Schwierigkeiten mit unserem Antrag haben“.

## Nachtrag reduziert Notkredit

Der Landtag hat im November einen Nachtragshaushalt für 2024 mit den Stimmen von CDU, Grünen und SSW verabschiedet. Die Landesregierung senkte damit den ursprünglich 1,51 Milliarden Euro umfassenden Notkredit für dieses Jahr um 327 Millionen Euro ab. Somit spart das Land in den kommenden Jahren Zinsausgaben von jeweils rund 20 Millionen Euro. Zudem entnahm die Koalition 40 Millionen Euro weniger als zunächst geplant aus dem Sondervermögen IMPULS für Infrastrukturprojekte. „Das ist eine voraus-

schauende Haushaltsführung“, sagte Finanzministerin Silke Schneider (Grüne).

SPD und FDP lehnten den Nachtrag ab. „Höhe und Verwendung der Notkredite waren von Anfang an nicht gut begründet“, kritisierte Beate Raudies (SPD). In die gleiche Kerbe schlug Annabell Krämer (FDP): „Der Ansatz für Notkredite war viel zu hoch gegriffen.“ Nun mache es Mühe, „die Mittel von der Rampe zu kriegen“.

# Notleidende Werften: scharfe Kritik an Investor Windhorst

**Der Landtag hat Ende November seine Unterstützung für die angeschlagenen FSG-Nobiskug-Werften in Flensburg und Rendsburg mit ihren insgesamt 530 Mitarbeitern bekundet. Alle Fraktionen forderten den derzeitigen Eigentümer, den Unternehmer Lars Windhorst, zum Rückzug auf. Zwei Wochen nach der Debatte haben an beiden Standorten Insolvenzverfahren begonnen.**

SPD-Fraktionschefin Serpil Midyatli kritisierte den Eigentümer scharf: „Wir brauchen einen Neuanfang für die Werften ohne Windhorst“, denn „erst dann können wir einen geordneten Übergang organisieren“. Die beiden Betriebe gehören zu Windhorsts Tennor-

Gruppe und haben seit Monaten Probleme: Gehälter wurden verspätet gezahlt, Sozialversicherungsbeiträge wurden nicht abgeführt, die Arbeit stand wegen Materialknappheit zeitweise still, neue Aufträge sind Mangelware. „Was dort passiert, hat nichts mehr mit verantwortungsvollem Wirtschaften zu tun“, bemängelte Wirtschaftsminister Claus Ruhe Madsen (CDU): „Herr Windhorst hat auch bei mir sämtliches Vertrauen verspielt, und ich wünsche mir, dass die Werften in bessere Hände gelangen.“ Potentielle Investoren seien jedoch „nicht bereit, mit Herrn Windhorst zu sprechen“.

Windhorst habe in den Verhandlungen mit der Landesregierung „aberwitzige Vorstellungen“ geäußert, sagte Lukas Kilian (CDU). Gespräche machten

deshalb keinen Sinn mehr. Bernd Buchholz (FDP) warnte hingegen davor, sich „im Bashing zu überbieten“. Dem Eigentümer zu erklären, dass er weg müsse, sei nicht zielführend.

Die SPD forderte, auch eine staatliche Beteiligung in Erwägung zu ziehen. Minister Ruhe Madsen lehnte dies ab: Die Steuerzahler dürften nicht „in Haftung“ genommen werden. Auch Lasse Petersdotter (Grüne) betonte die Risiken eines staatlichen Einstiegs: „Wir wissen nicht, was in den Büchern steht.“ Eine Übernahme, wie sie das Land Niedersachsen bei der Meyer-Werft in Papenburg praktiziert habe, sei „keine Lösung“, so Sybilla Nitsch (SSW), denn die Auftragsbücher bei FSG-Nobiskrug seien leer.

## Land und Stadt wollen Olympia in Kiel

**Der Landtag hat sich Ende November geschlossen hinter die Bewerbung Kiels für die Olympischen und Paralympischen Sommerspiele 2036 oder 2040 gestellt. Die Landeshauptstadt sei ein idealer Austragungsort für Segeln, Coastal Rowing (Küstenrudern) und Freiwasserschwimmen, heißt es in einem einstimmig verabschiedeten Antrag. Die Mitgliederversammlung des Deutschen Olympischen Sportbundes (DOSB) will 2025 entscheiden, ob sich Deutschland um die Spiele für 2036 oder 2040 bewirbt.**



Olympia-Pressekonferenz im Landeshaus (v. li.): Oberbürgermeister Ulf Kämpfer, Stadtpräsidentin Bettina Aust, Innenministerin Sabine Sütterlin-Waack, Landtagspräsidentin Kristina Herbst, R.SH-Journalist Andreas Otto, Sprecher der Landespressekonferenz.

Am Tag der Debatte stellten Land und Stadt ihre Bewerbung bei einer Pressekonferenz im Landeshaus vor. „Sportland Schleswig-Holstein und Kiel Sailing City sind zwei goldverdächtige Marken, die gut zueinander passen und die Olympia können“, sagte Landtagspräsidentin Kristina Herbst. Innenministerin Sabine Sütterlin-Waack betonte: „Unser sportbegeistertes und weltoffenes Land bietet ideale Bedingungen für die Athletinnen und Athleten.“ Kiels Oberbürgermeister Ulf Kämpfer unterstrich das Thema Nachhaltigkeit und kündigte an, bei den Spielen auf erneuerbare Energien, nachhaltiges Bauen, Kreislaufwirtschaft und umweltfreundliche Mobilität zu setzen. Die Kieler Stadtpräsidentin Bettina Aust fügte hinzu: „Ich freue mich sehr, dass wir nun mit Unterstützung des Landes Schleswig-Holstein einen neuen Anlauf für Olympische Wettbewerbe in unserer Stadt nehmen.“

# Schwarz-Grün nach zweieinhalb Jahren – „Bedeutsame Fortschritte“ oder „Zukunftsbremse“?

**Rückblick und Ausblick: Ministerpräsident Daniel Günther (CDU) hat zur Halbzeit der Wahlperiode eine positive Bilanz der ersten zweieinhalb Jahre seiner schwarz-grünen Regierung gezogen. „Trotz knapper finanzieller Mittel haben wir bedeutende Fortschritte erzielt“, betonte Günther Mitte Dezember in einer Regierungserklärung. Schwerpunkte seien die Bereiche Sicherheit und Energiepolitik gewesen. Die Opposition attestierte dem Bündnis hingegen Stillstand. CDU und Grüne hätten keine Antwort auf die drohende Haushaltskrise, und die Themen Bildung, Soziales und Infrastruktur seien offene Baustellen.**

In schwierigen Rahmenbedingungen nach dem russischen Angriff auf die Ukraine, der daraus resultierenden Energiekrise und der massenhaften Migration nach Schleswig-Holstein habe sein Kabinett „langfristig bedeutsame Entscheidungen“ getroffen, sagte Günther. Die Polizei sei mit einer zweiten Einsatzhundertschaft und einer Cyberabteilung gestärkt worden. Bei der Energieversorgung könne „kein anderes Bundesland eine vergleichbare Bilanz vorweisen“. Mit einem „Ausbau der Windenergie auf Rekordniveau“ sei es gelungen, 200 Prozent des Strombedarfs durch erneuerbare Energieträger abzudecken. Zudem unterstütze das Land die kommunale Wärmeplanung mit Bürgschaften im Milliardenbereich. Der Ministerpräsident bekräftigte das Ziel, Schleswig-Holstein zum „ersten klimaneutralen Industrieland in Deutschland“ zu machen.

„Die Günther-Regierung ist eine Zukunftsbremse für unser Land“, erwiderte SPD-Fraktionschefin Serpil Midyatli. In der aktuellen „tiefen Haushaltskrise“ fehle es der Koalition an der „notwendigen Weitsicht“. Der angekündigte Sparkurs bedeute „noch schlechtere Straßen, noch

marodere Schulen und fehlenden sozialen Zusammenhalt“. Statt auf „Kaputtsparen“ zu setzen, forderte Midyatli Investitionen in den Bereichen Wohnungsbau, Kinderbetreuung, Gesundheit und Pflege: „Es ist Zeit aufzuwachen, Zeit zum Handeln, zum Anpacken.“

## „Spitzenplatz“ kontra „Schönreden“

„Schleswig-Holstein hat in den vergangenen Jahren regelmäßig Spitzenplätze beim Windkraftausbau in Deutschland belegt“, sagte CDU-Fraktionschef Tobias Koch. Er hob die Digitalisierung der Schulen und die Breitbandversorgung hervor: Auch hier sei man führend. Zudem entstünden „jedes Jahr drei Mal so viele geförderte Wohnungen wie noch in der letzten Wahlperiode“. Das alles zeige, dass das Land gut aufgestellt und handlungsstark sei. Grünen-Fraktionschef Lasse Petersdotter pries den Aktionsplan Ostseeschutz als „größte Ostseeschutzmaßnahme Schleswig-Holsteins aller Zeiten“. Im sozialen Wohnungsbau habe man mit jährlich über 2.000 geförderten Einheiten bundesweit Maßstäbe gesetzt. In der zweiten Hälfte der Legislaturperiode gehe es um den Ausbau der

erneuerbaren Energien, den Kampf gegen Gewalt an Frauen und Kindern, die Stärkung der Arbeitsmarktintegration von Flüchtlingen sowie die Förderung von Biohöfen und Kulturwirtschaft.

Christopher Vogt (FDP) warnte, Schleswig-Holstein drohten verlorene Jahre bis zur Landtagswahl 2027: „Unser Bundesland hat Besseres verdient als eine Landesregierung, die in bemerkenswerter Selbstzufriedenheit viele Probleme einfach schönredet.“ Das Land habe strukturelle Probleme, denen man nicht dauerhaft mit neuen Krediten begegnen könne. Vom Ziel des ersten klimaneutralen Bundeslandes bis 2040 sei Schleswig-Holstein meilenweit entfernt – beim Klimaschutz wie bei der Ansiedlung von Industrie. Lars Harms (SSW) diagnostizierte einen „Rückschritt“ bei der Verkehrspolitik: Im öffentlichen Nahverkehr würden Strecken gestrichen, statt die Mobilitätswende voranzutreiben. Zudem sei es problematisch, Lehrerstellen an Beruflichen Schulen abzubauen. An den allgemeinbildenden Schulen den WiPo-Unterricht einzuschränken, sei „für die Wirtschaft und die Berufsausbildung fatal, aber eben auch für unseren Kampf für die Demokratie“.



Vor dem Schlagabtausch im Plenarsaal: Ministerpräsident Daniel Günther bei seiner Regierungserklärung

**Tobias Koch** ist Anfang Dezember zur Halbzeit der Wahlperiode in seinem Amt als CDU-Fraktionsvorsitzender bestätigt worden. Er erhielt 24 von 32 Stimmen, es gab keine Gegenkandidatur. Koch hat das Amt seit 2017 inne. Als Stellvertreter wurden **Martin Balasus**, **Rixa Kleinschmit** und **Ole-Christopher Plambeck** wiedergewählt. Neu in der Stellvertreterriege ist **Dagmar Hildebrand**. Sie folgt auf Uta Wentzel, die nicht erneut kandidierte. Parlamentarische Geschäftsführerin bleibt **Birte Glißmann**.

**Serpil Midyatli** bleibt Vorsitzende der SPD-Fraktion und damit Oppositionsführerin im Landtag. Die zwölköpfige Fraktion bestätigte sie Anfang November mit zehn Ja-Stimmen bei zwei Enthaltungen im Amt. Midyatli hat den Posten im Dezember 2023 von Thomas Losse-Müller übernommen, zuvor war die SPD-Landesvorsitzende bereits von 2021 bis 2022 Fraktionschefin. Auch der Parlamentarische Geschäftsführer **Kai Dolgner** sowie die stellvertretenden Vorsitzenden **Sophia Schiebe** und **Martin Habersaat** wurden wiedergewählt.

**Christopher Vogt**, FDP-Fraktionsvorsitzender, ist seit Mitte November auch Landesvorsitzender seiner Partei. Auf einem Parteitag in Neumünster erhielt der Wirtschaftsingenieur aus dem Kreis Herzogtum Lauenburg 90,4 Prozent der Delegiertenstimmen. Es gab keine

Gegenkandidatur. Vogt trat die Nachfolge von **Oliver Kumbartzky** an, der den Posten wegen seiner Wahl zum Bürgermeister von Büsum abgegeben hatte (siehe Seite 4).



**Carsten Löbber** (li.) und **Marc Petit** (re.) sind neue Mitglieder des Landesverfassungsgerichts, Löbber amtiert zugleich als Vizepräsident des Gerichts. Ministerpräsident Daniel Günther überreichte ihnen Ende November die Ernennungsurkunden, anschließend leisteten sie im Landtag ihren Amtseid. Der Präsident des Amtsgerichts Lübeck und der Vorsitzende Richter am Lübecker Landgericht traten die Nachfolge von Christine Fuchsloch und Silke Schneider an, deren persönliche Stellvertreter sie zuvor waren. Fuchsloch ist seit dem 1. März Präsidentin des Bundessozialgerichts, Schneider seit dem 1. August schleswig-holsteinische Finanzministerin. Im Dezember wählte der Landtag **Fabian Scheffczyk**, Richter am Schleswig-Holsteinischen Oberverwaltungsgericht, zu Löbbers Stellvertreter und **Katharina Bork**, Richterin am Schleswig-Holsteinischen Finanz-

gericht, zu Petits Stellvertreterin. Das Landesverfassungsgericht besteht aus dem Präsidenten, dem Vizepräsidenten und fünf weiteren Mitgliedern. Die Mitglieder des Landesverfassungsgerichts arbeiten ehrenamtlich.

**Anke Erdmann**, von 2009 bis 2017 für die Grünen im Landtag und anschließend zwei Jahre Staatssekretärin im Umwelt- und Energiewendeministerium, ist Mitte Oktober im Amt der Grünen-Landesvorsitzenden bestätigt worden. Auf einem Parteitag in Neumünster erhielt sie 94 Prozent der Stimmen, es gab keine Gegenkandidatur. Erdmann und der Co-Vorsitzende **Gazi Freitag** stehen seit 2022 an der Spitze der Partei im nördlichsten Bundesland. Der Parteitag ernannte außerdem die langjährige Landtagsabgeordnete und Finanzministerin **Monika Heinold** zum Ehrenmitglied.

**Barbara Ostmeier**, von 2009 bis 2022 für die CDU im Landtag, hat Ende Oktober kommissarisch das Amt der Vorsitzenden des Landessportverbandes (LSV) übernommen. Sie folgte auf Hans-Jakob Tissen, der den Posten nach elf Jahren aus familiären Gründen abgegeben hatte. Ostmeier wird den LSV bis zum Landesverbandstag im Juni 2025 führen, wie der LSV-Vorstand nach Tissens Rücktrittsankündigung beschloss. Die Juristin aus Hetlingen (Kreis Pinneberg) war sportpolitische Sprecherin ihrer Fraktion und Vorsitzende des Innen- und Rechtsausschusses.

## Runde Geburtstage

**Kläre Vorreiter** aus Schönkirchen (Kreis Plön), von 1992 bis 2000 für die CDU im Landtag, hat am 10. Oktober ihren 90. Geburtstag gefeiert.



**Bertold Sprenger** aus Heiligenhafen, von 1983 bis 1996 für die CDU im Landtag, hat am 2. November seinen 85. Geburtstag gefeiert.

**Björn Engholm** aus Lübeck, von 1983 bis 1994 für die SPD im Landtag, Ministerpräsident von 1988 bis 1993, Bundestagsabgeordneter von 1969 bis 1983 und Bundesbildungsminister von 1981 bis 1982, hat am 9. November seinen 85. Geburtstag gefeiert.



© dpa/Markus Scholz

**Peter Gerckens** aus Schwabstedt (Kreis Nordfriesland), von 1996 bis 2000 für den SSW im Landtag, hat am 12. November seinen 80. Geburtstag gefeiert.



Herzlichen  
Glückwunsch!

## Was hat die Landespolitik in früheren Zeiten bewegt?

In dieser Serie schauen wir ins Archiv und spüren nach, was den Landtag in vergangenen Zeiten beschäftigt hat. Nach dem Krieg fand der Landtag sein erstes Zuhause in einer Hochschule in Kiel-Hassee.

### 1946:

## Pädagogische Akademie wird erster „fester Wohnsitz“ des Landtages

Seit 1950 schlägt das Herz der Demokratie in Schleswig-Holstein im Landeshaus. Doch seinen ersten festen Wohnsitz hatte der Schleswig-Holsteinische Landtag ein wenig abseits der Kieler Förde. Drei verschiedene Landtage tagten von 1946 bis 1950 im Festsaal der ehemaligen Pädagogischen Akademie in Kiel-Hassee. Wir unternehmen einen Rückblick auf eine bewegte Zeit, in der die Grundlagen des Landes Schleswig-Holstein gelegt wurden.

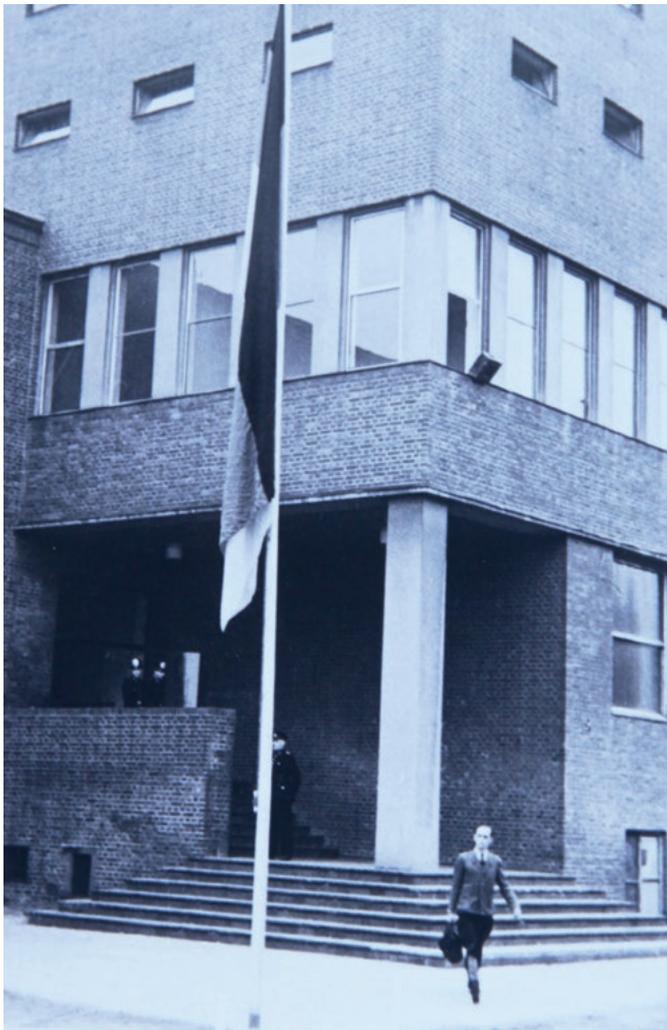
Nach dem deutschen Zusammenbruch leitete die britische Besatzungsmacht ab Sommer 1945 einen schrittweisen Wiederaufbau demokratischer Strukturen in Schleswig-Holstein ein. Am 26. Februar 1946 trat schließlich der erste von den Briten ernannte Landtag in Kiel zusammen.

Die 60 Abgeordneten, die von den neu gegründeten Parteien, aber auch von kommunalen Körperschaften und anderen Institutionen benannt

worden waren, trieben den politischen Neuaufbau trotz fehlenden Mandats durch eine Wahl und sehr eingeschränkte Kompetenzen energisch voran. In der 3. Sitzung übernahm der erste Landtagspräsident, der Kieler Pastor Paul Husfeldt, die Sitzungsleitung vom Oberpräsidenten. Zugleich wurden sieben Hauptausschüsse gewählt, deren Vorsitzende von nun an unter der Leitung des Oberpräsidenten Theodor Steltzer die Landesregierung bildeten.

So entschlossen die Abgeordneten die politische Neuordnung des Landes in die Hand genommen hatten, so prekär waren die materiellen Rahmenbedingungen. Zunächst war es vor allem die Suche nach einem brauchbaren Sitzungsort, die viel Kopfzerbrechen bereitete. Der Theaterbau in der Holtenuer Straße, der als Ort der festlichen ersten Sitzung eine gewisse Prominenz erlangt hat, taugte mit seinen fest installierten Klappsitzreihen und fehlenden Tischen nicht für den parlamentarischen Alltag. Dies galt genauso für den zweiten Sitzungsort, das Theater am Wilhelmplatz. Zudem streikte dort bei der Sitzung im März 1946 die Heizung. Für die nächsten beiden Sitzungen zog man in den Hörsaal der damaligen Milchforschungsanstalt im Kronshagener Weg, der sich allerdings als zu eng erwies.

Wiederholt hatten Abgeordnete bereits gefordert, einen Sitzungsort außerhalb des schwer kriegszerstörten Kiels zu suchen. Insbesondere in Rendsburg versprach man sich auch eine bessere Lebensmittelversorgung und bessere Übernachtungsmöglichkeiten.



In der Pädagogischen Hochschule in Kiel-Hassee kam der Landtag zwischen 1946 und 1950 zusammen. Am 20. Mai 1949 wurde die Bundesflagge anlässlich der Ratifizierung des Grundgesetzes durch den Landtag gehisst.



Prägende Köpfe in der Frühphase der schleswig-holsteinischen Demokratie (v. li.): Theodor Steltzer, CDU, Oberpräsident und Ministerpräsident von 1945 bis 1947, Paul Husfeldt, CDU, Landtagspräsident von April bis November 1946, Karl Ratz, SPD, Landtagspräsident von Dezember 1946 bis 1954, Hermann Lüdemann, SPD, Ministerpräsident von 1947 bis 1949

### Großer Raumbedarf: Streit mit der Kinderklinik

Anfang Mai 1946 konnte dann der Chef der noch rudimentären Landtagsverwaltung, Landtagssekretär Wormit, dem Plenum Hoffnung auf Besserung machen: Die Verwaltung habe die Räume im „Pädagogischen Institut“ in Kiel-Hassee besichtigt. Zwar sei „der Anmarsch nicht ganz einfach“, aber dafür winkten neben dem ehemaligen Festsaal Räumlichkeiten für Fraktions- und Ausschusssitzungen.

Am 15. Mai fand dann ein Ortstermin mit den Fraktionen statt. Offenkundig zur allgemeinen Zufriedenheit. Bereits am folgenden Tag bat Landtagspräsident Husfeldt Oberpräsident Steltzer, „wegen der Zurverfügungstellung der Räume in der pädagogischen Akademie umgehend das Weitere veranlassen zu wollen“.

Der modernistische Backstein-Bau in der Fröbelstraße war 1930/31 für die Pädagogische Akademie Kiel errichtet worden. Mit der Einrichtung dieser Akademien betrieb das demokratische Preußen die Akademisierung der Volksschullehrerausbildung. Die Nationalsozialisten wandelten die koedukative Einrichtung 1933 in eine nur Männern vorbehaltene „Hochschule für Lehrerbildung“ um. Während des Zweiten Weltkriegs diente das Gebäude als Marinelazarett.

Am 12. Juni 1946 konnte Landtagspräsident Husfeldt die Parlamentarier zur ersten Landtagssitzung in Hassee begrüßen. Er dankte „allen Beteiligten, die an der Einrichtung dieses schönen Raumes mitgewirkt haben“, und kam dann auf die großzügige Zuschauertribüne zu sprechen, die bis zu 350 Menschen Platz bot. Insbesondere die Heranführung der Jugend an die parlamentarische Demokratie war für Husfeldt eine Herzensangelegenheit: „Ich habe vor allen Dingen darauf hingewiesen, dass die Jugend, soweit sie noch die Schule, die Berufsschule usw. besucht, angehalten werden soll, gelegentlich eine Sitzung der Körperschaft zu besuchen, die wir hier darstellen.“

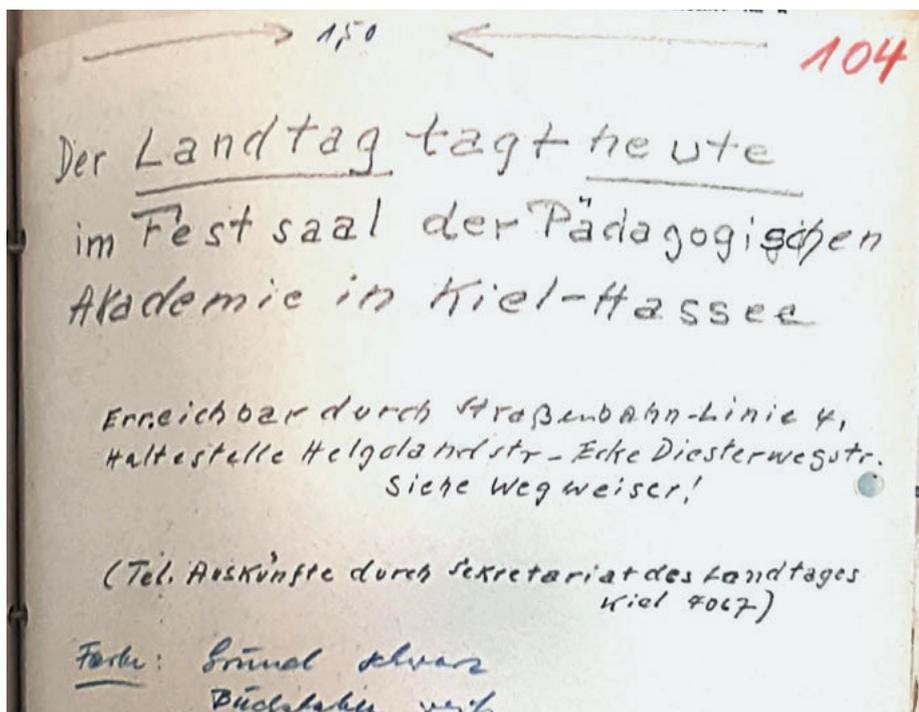
War die Frage des Plenarsaals mehr als zufriedenstellend gelöst, so musste der Landtag hinsichtlich der erhofften Nebenräume einen empfindlichen Rückschlag hinnehmen. Am 1. August 1946 zog die Universitätskinderklinik als Nachfolgerin des Marinelazarets in der Fröbelstraße ein. Sie erhob umgehend Anspruch auf insgesamt fünf Räume, die der Landtag als Fraktionszimmer und als Lagerplatz nutzen wollte. Klinikdirektor Professor Dr. Erich Rominger machte Landtagspräsident Husfeldt die Bedürfnisse seiner Einrichtung nachdrücklich klar: „Ich bitte Sie zu bedenken, dass die Univ.-Kinderklinik 250 kranke Kinder aufnehmen soll. (...) Es ist natürlich nicht möglich, schwerkranke Kinder aufzunehmen, wenn

nicht das dringend notwendige Ärzte- und Pflegepersonal der Klinik ebenfalls untergebracht werden kann. (...) Ich glaube, jeder, der die augenblickliche Kindernot kennt, würde eine Herabsetzung der Kinderkrankenbetten in der Univ.-Kinderklinik mit mir für äußerst bedenklich halten, und ich muss dem auch hinzufügen, dass ich nicht glaube, dass der Gesundheitsausschuss der Provinz einer solchen Bettenverminderung zustimmen kann.“

Schließlich gaben der Präsident und der Ältestenrat nach. Die Fraktionen trafen sich weiterhin, wie sich der damalige SPD-Abgeordnete und spätere Innenminister und Oppositionsführer Wilhelm Käber 1972 erinnerte, „wenn es eilig war, auf den Fluren oder sonst an irgendeinem anderen intakten Ort.“

### Ein Schild am Bahnhof wies den Abgeordneten den Weg

Die zunächst nur vierköpfige Landtagsverwaltung behielt ihren Sitz weiterhin im unzerstörten Teil des Kieler Schlosses. Das Büro des Landtagssekretariats wurde dann an Sitzungstagen jeweils um 7:00 Uhr morgens auf einen Lkw verladen und in die Fröbelstraße gefahren. Zwar hatte der Landtag stets den Zugriff auf den Festsaal, allerdings stand dieser als einer der wenigen unzerstörten größeren Versammlungsräume in Kiel für die Zeit außerhalb der Plenartagungen auch der



Per Straßenbahnlinie 4 zum Landtag: Ein handgeschriebener Hinweis am Kieler Hauptbahnhof weist den Abgeordneten den Weg zur Parlaments-sitzung. Der Zettel ist im Schleswiger Landesarchiv erhalten geblieben.

Öffentlichkeit zur Verfügung. Es gab dort zum Beispiel Kinovorführungen, Sitzungen der Kieler Ratsversammlung oder Parteiversammlungen. Auch die direkt nebenan in der Diesterwegstraße residierende Pädagogische Hochschule sowie die Kinderklinik nutzten den Saal.

Damit die Abgeordneten und die Öffentlichkeit auch den Weg nach Hassee fanden, ließ der Landtagspräsident im Juli 1946 drei Wegweiser in Auftrag geben, die an den Sitzungstagen am Kieler Hauptbahnhof, im Rathaus sowie im Hof des Kieler Schlosses aufgestellt wurden.

Der Landtag hatte bis auf weiteres ein annehmbares Domizil gefunden; gleichwohl war es in der unmittelbaren Nachkriegszeit selbst für das Parlament schwierig, auch nur kleinere Renovierungs- und Verschönerungsarbeiten durchführen zu lassen. So entwickelte sich etwa die für den Spätsommer 1946 eingeplante Neuverglasung der großen Fenster des Plenarsaals zu einer neunmonatigen Hängepartie zwischen dem für die Planung zuständigen staatlichen Hochbauamt, dem für die Materialbeschaffung verantwortlichen städtischen Bauamt sowie dem von der Besatzungsmacht eingesetzten Baukontrollamt. Den Gordischen Knoten zerschlug dann wahrscheinlich der findige Glasermeister Fahrenkrug aus der Dahl-

mannstraße, der die Verwaltung auf vorher unbekannte Glasvorräte bei einer Firma in Kiel-Gaarden hinwies.

Es ließen sich noch einige derartige Begebenheiten wie die gerade geschilderte berichten. Eindrucksvoller erscheint jedoch ein Blick auf die politischen Weichenstellungen, die die Landtagsabgeordneten während der knapp vier Jahre, in denen der Landtag in Hassee tagte, auf den Weg brachten.

### Landeswappen verdrängt den britischen Union Jack

Gleich auf seiner ersten Sitzung in der ehemaligen Pädagogischen Akademie verabschiedete der Landtag am 12. Juni 1946 die „Vorläufige Verfassung“ des Landes. Zwar verweigerte die britische Besatzungsmacht die offizielle Anerkennung, intern wurde die Verfassung jedoch angewendet. Ein bedeutender Schritt auf dem Weg zum eigenständigen Land.

Nach den Kreistagswahlen im Oktober 1946 ernannte die Besatzungsmacht einen neuen Landtag, dessen Zusammensetzung das Wahlergebnis widerspiegelte. Da jetzt die SPD die stärkste Kraft im Parlament war, gab es einen Wechsel im Amt des Landtagspräsidenten: auf Paul Husfeldt folgte der Kieler Sozialdemokrat Karl Ratz.

Die Eröffnungssitzung des zweiten ernannten Landtags am 2. Dezember 1946 hatte in mancherlei Hinsicht fast schon einen regulären parlamentarischen Ablauf: so hielt Ministerpräsident Steltzer eine Regierungserklärung, auf die die Fraktionsvorsitzenden antworteten. Nicht zuletzt im Hinblick auf die für das Frühjahr 1947 angekündigten ersten Landtagswahlen waren die Landtagssitzungen der kommenden Monate von einer schärferen parteipolitischen Profilierung geprägt.

Die Landtagswahl am 20. April 1947 brachte eine deutliche absolute Mehrheit der SPD. Der britische Gouverneur ernannte noch vor dem Zusammentritt des Landtags den bisherigen Innenminister Hermann Lüdemann zum neuen Ministerpräsidenten.

Am 8. Mai 1947 trat im Festsaal in Hassee zum ersten Mal seit fast 100 Jahren ein gewähltes schleswig-holsteinisches Landesparlament zusammen. Das gestiegene Selbstbewusstsein dank der demokratischen Legitimation ließ sich symbolisch schon am Wandschmuck ablesen. Bei den Eröffnungssitzungen der beiden ernannten Landtage hatte jeweils der Union Jack prominent an der Stirnseite des Saales geprangt, dem das Wappen der früheren preußischen Provinz Schleswig-Holstein in untergeordneter Position

beigefügt worden war. Nun war hinter dem Präsidentenstuhl nur noch das neue Landeswappen zu sehen, das der Kieler Grafiker und Professor an der Muthesius-schule Theodor Riebicke geschaffen hatte.

Von nun an stritten gewählte Abgeordnete um den richtigen Weg zum Wiederaufbau des Landes. Dabei war klar, dass eine bundesstaatliche Neuordnung die Voraussetzung dafür war, die Not des strukturschwachen und durch den Flüchtlingsstrom überbevölkerten Landes Schleswig-Holstein zu beheben. So sah die Ratifizierung des Grundgesetzes am 20. Mai 1949 das Haus dann auch in außerordentlich bewegter Stimmung. Nachdem die Verfassung in namentlicher Abstimmung mit überwältigender Mehrheit genehmigt worden war, ließ Landtagspräsident Ratz im Saal, vor dem Eingang zum Plenum sowie auf dem Landeshaus im Düsternbrooker Weg die schwarz-rot-goldene Flagge des Bundes hissen.

### Wegen der Landessatzung: CDU boykottiert die Sitzungen

Im August 1949 erlebte der Landtag dann die erste Wahl eines Ministerpräsidenten. Hermann Lüdemann hatte das Vertrauen in den eigenen Reihen verloren und deshalb sein Amt zur Verfügung gestellt. In offener Abstimmung wurde der bisherige Landwirtschaftsminister Bruno Diekmann zu seinem Nachfolger gewählt.

Über die Landesgrenzen hinaus wirkte die einstimmige Zustimmung zur

sogenannten „Kieler Erklärung“ der Landesregierung am 25. September 1949, in der der dänischen (und der friesischen) Minderheit die Gleichberechtigung zugesichert und die Freiheit des nationalen Bekenntnisses verankert wurde. Damit war ein wichtiger Schritt zur Entspannung der Verhältnisse im Grenzland getan.

Im Herbst 1949 hatte der Landtag noch eine große Aufgabe vor sich: die Schaffung einer neuen Landesverfassung. Das Vorhaben war für über zwei Jahre liegen geblieben. Nachdem sich die Bundesrepublik Deutschland im Herbst 1949 als Staat konstituiert hatte, brachte die Landesregierung endlich einen Entwurf in den Landtag ein. Nun verweigerte allerdings die CDU-Opposition die Mitarbeit: Man sah es als moralisch unzulässig an, kurz vor Ende der (nur dreijährigen) Legislaturperiode eine Verfassung mit einfacher Mehrheit zu beschließen, die anschließend nur mit einer Zweidrittel-Mehrheit geändert werden konnte.

So wurde die „Landessatzung“ am 13. Dezember 1949 lediglich von den Abgeordneten der SPD und des SSW mit breiter Mehrheit angenommen. Sie war ein eher schlankes Organisationsstatut, das bewusst auf den Namen „Verfassung“ verzichtete - die Staatsqualität sah man grundsätzlich eher beim Bund als bei den Ländern.

Im Frühjahr 1950 neigte sich die Zeit des Landtags in Hassee ihrem Ende entgegen. Die Landtagsverwaltung war bereits

im Spätsommer 1948 vom Schloss ins Landeshaus umgezogen; nun war auch der Plenarsaal endlich bezugsfertig. Am 25. April 1950 schloss Landtagspräsident Ratz die 33. Sitzung der Legislaturperiode mit den Worten: „Ich möchte noch bekanntgeben, dass die nächste Sitzung des Landtages, die 34. Tagung, am 3. Mai um 10 Uhr in unserem neuen Landtagssaal im Regierungsgebäude stattfindet.“

Mit diesen kargen Worten hatte es sein Bewenden. Die ehemalige Pädagogische Akademie blieb bis Ende der 70er Jahre Heimat der Universitäts-Kinderklinik. 1981 zog das heutige Statistische Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein in den Bau ein. Der ehemalige Plenarsaal ist inzwischen umgestaltet, aber in seiner Raumarchitektur immer noch gut zu erkennen.

**Heiko Vosgerau**

*Der Verfasser ist Historiker und arbeitet in der Landtagsverwaltung als stellvertretender Leiter des Referats „Wissensmanagement, Reden, Parlamentsgeschichte“.*

*Der Text ist eine Zusammenfassung eines längeren Artikels, der in dem Sammelband „1222-2024. 802 Jahre Hassee“ erschienen ist, den der „Geschichtskreis rund um den Hassee“ im Herbst 2024 herausgegeben hat. Der Sammelband (ISBN 9783982635002) ist in mehreren Buchhandlungen erhältlich und kann bestellt werden unter <https://www.kiellokal.de/jubilaeumsband-zum-zweiten/>*



Karge Möbel in einem schmucklosen Sitzungszimmer: der Ältestenrat im Juli 1947. V. li.: Fraktionsvorsitzender Samuel Münchow (SSV, später SSW), Landtagsvizepräsident Thomas Andresen (CDU), Fraktionsvorsitzender Carl Schröter (CDU, verdeckt), Landtagspräsident Karl Ratz (SPD), Fraktionsvorsitzender Andreas Gayk (SPD, Rückenansicht)

# Wohnungsnot 1946: Bertha Schulze spricht als erste Frau im Landtag

Das Problem scheint aus heutiger Sicht sehr weit entfernt zu sein, und es erstaunt, dass sich der Landtag einmal damit befasst hat. „In Schönberg stehen Wohnbaracken unbenutzt, weil sie irgendwie aus Mangel an Material nicht instandgesetzt werden können“, stellte die Abgeordnete Bertha Schulze am 20. August 1946 fest. „Besteht nicht die Möglichkeit, durch Abbruch einer Baracke mit dem dabei gewonnenen Material die anderen Baracken herzustellen und instandzusetzen?“, fragte sie die Landesregierung. Dies würde „Wohnraum für Umsiedlerfamilien bieten, die bis jetzt in überfüllten Kleinwohnungen hausen müssen“.

Die Frage der Kieler KPD-Abgeordneten nach besseren Notunterkünften im Kreis Plön spiegelt die prekäre Versorgungslage gut ein Jahr nach Ende des Zweiten Weltkriegs wieder. Und sie war der allererste Wortbeitrag einer Frau im Schleswig-Holsteinischen Landtag. Es war bereits die achte Sitzung des ersten ernannten Landtages, der Ende Februar 1946 erstmals zusammengekommen war. Aber bis in den August hinein vermerkt das Protokoll ausschließlich Wortmeldungen von Männern. Lediglich fünf der 68 Abgeordneten waren weiblich.

Über viele der frühen Mitglieder des Landtages sind im Archiv nur bruchstückhafte Informationen erhalten geblieben. Bertha Schulze stammte demnach aus Kruglinnen in Ostpreußen. In den 1930er-Jahren war die Kieler Wohnung der Kommunistin Anlaufstelle für politisch Verfolgte und Regimegegner. Nach dem Krieg gehörte sie nicht nur dem Landtag, sondern auch der Kieler Ratsversammlung an, später war sie Vorstandsmitglied des Deutschen Frauenrings in

Kiel. Dort starb sie am 9. Dezember 1967 im Alter von 78 Jahren.

Die Zeit des ersten ernannten Landtages, dem Bertha Schulze angehörte, endete im November 1946. Die Abgeordneten waren nicht gewählt, sondern von der britischen Militärregierung eingesetzt worden. Neben SPD, CDU, FDP und der dänischen Minderheit waren auch sechs KPD-Angehörige dabei. Nach der Kommunalwahl im Oktober 1946 stellten die Briten das Parlament neu zusammen – Bertha Schulze war nicht mehr dabei. Der zweite ernannte Landtag amtierte bis zur ersten Landtagswahl im Mai 1947.

In der Fragestunde, in der Bertha Schulze die schlechten Wohnbedingungen der Heimatvertriebenen beklagte, kamen viele Themen zur Sprache, die den Menschen damals auf den Nägeln brannten. Es ging um Bauern, die angeblich Kartoffeln horteten, um fehlende Züge auf der Strecke Lübeck – Bad Segeberg, um die Wiedereinstellung von



Bertha Schulze (1889 bis 1967) war die erste Frau, die in Schleswig-Holstein in einer Plenarsitzung das Wort ergriff. Die KPD-Politikerin kam als Nachrückerin im Mai 1946 in den Landtag, dem sie bis November 1946 angehörte.

entnazifizierten Lehrern, um zu geringe Lebensmittelrationen, um Häuser, die von der Besatzungsmacht beschlagnahmt wurden, und um den weit verbreiteten Tabakanbau, dem die Briten ein Ende setzen wollten. Und wie stand es nun um die maroden Hütten in Schönberg? Der stellvertretende Ministerpräsident Wilhelm Kuklinski (SPD) versprach, der Angelegenheit nachzugehen: „Wir haben einen riesengroßen Bedarf an Baracken und sind jedenfalls bemüht, in den einzelnen Kreisen alles aufzufinden und für unsere Zwecke einzusetzen.“



Bei den von Bertha Schulze angesprochenen „Wohnbaracken“ handelte es sich wahrscheinlich um sogenannte Nissenhütten. Darauf lässt die Antwort von Minister Kuklinski schließen, der feststellte, dass „diese Art von Nissenhütten, wenn sie nicht mit Aufwendung von sehr viel Material winterfest gemacht werden, für Flüchtlinge im Winter einfach nicht bewohnbar sind“. Die halbrunden Wellblechunterkünfte sind nach dem kanadischen Ingenieur Peter Norman Nissen benannt. In der Nachkriegszeit fanden zehntausende vertriebene oder ausgebombte Familien im Lande darin Unterschlupf.

„Jugend im Landtag“

# Mehr psychische Hilfen und bessere Digitaltechnik an den Schulen gefordert

**S**chleswig-Holsteins Schulen brauchen einen Modernisierungsschub: Sie sollen achtsamer und digitaler werden. Diese Forderung stand im Mittelpunkt der 37. Auflage von „Jugend im Landtag“. Am ersten Adventswochenende kamen auch in diesem Jahr rund 70 junge Menschen aus dem ganzen Land in den Plenarsaal des Landeshauses, um gemeinsam zu diskutieren und um Forderungen an die „große“ Politik zu formulieren.

„Während psychische Probleme kontinuierlich ansteigen, existieren nur unzureichende Präventions- und Unterstützungsstrukturen, die die psychische Gesundheit aktiv fördern und bewahren“, heißt es in einem der 50 Beschlüsse. Um gegenzusteuern, sollen alle weiterführenden Schulen jährlich einen „Tag der psychischen Gesundheit“ veranstalten. Das soll „das Bewusstsein der Schüler für Themen wie Stressbewältigung, Resilienz, Achtsamkeit und Selbstfürsorge stärken“. Mentale Gesundheitsthemen sollen bereits ab der 5. Klasse in den Lehrplan aufgenommen werden, und Lehrer sollen Fortbildungen in diesem Bereich machen.

„Gerade im digitalen Zeitalter ist es essenziell, uns Schülerinnen und Schülern eine zeitgemäße Bildung zu ermöglichen, die uns optimal auf die Anforderungen der Zukunft vorbereitet“, heißt es an anderer Stelle. „Jugend im Landtag“ regt an, alle Schulen mit moderner Technik wie interaktiven Whiteboards, Tablets oder

Laptops auszustatten. Lehrkräfte sollen besser in diesem Bereich geschult werden, etwa für den Einsatz von Tablets im Unterricht. Es soll „verpflichtende IT-Kurse“ geben, und die flächendeckende WLAN-Verbindung in den Schulgebäuden soll sichergestellt werden.

## Auch Drogen-, Verkehrs- und Klimapolitik standen auf der Agenda

Die Entkriminalisierung des Drogenbesitzes „zum Eigenbedarf“ steht ebenfalls auf der Wunschliste der Nachwuchspolitikern – gleichzeitig sollen Vorbeugung und Suchthilfe ausgebaut werden. Der ÖPNV soll gestärkt werden durch die „Schaffung eines weiteren Gleises zwischen Pinneberg und Elmshorn, die Elektrifizierung zwischen Itzehoe und Westerland (Sylt), die Sanierung der Hochdonn-Brücke und die Schaffung eines Gleises zwischen Horst und Itzehoe zur Verbesserung der Effizienz der Marschbahn“. Um Zukunftsinvestitionen zu ermöglichen, empfiehlt

„Jugend im Landtag“, die Schuldenbremse in Bund und Land auszusetzen. Die Folgen des Klimawandels wollen die Teilnehmer durch die Wiedervernässung von Mooren, urbane Begrünung und „Investitionen in Küstenschutz- und Renaturierungsmaßnahmen, wie etwa Dünen- und Deichverstärkungen“, abmildern.

Die Vorschläge der Schüler, Studenten, Freiwilligendienstler und Auszubildenden im Alter von 15 bis 20 Jahren enthielten wichtige Anregungen für die Landespolitik, sagte Landtagspräsidentin Kristina Herbst in ihrer Begrüßung. Sie rief die Jugendlichen auf, „sich weiterhin nachhaltig für ein demokratisches Miteinander in Ihrem direkten Umfeld zu engagieren“. Bei den Diskussionen standen „echte“ Politiker aus allen Fraktionen den Jugendlichen zur Seite. Die Beschlüsse werden nun den Fraktionen, den Landesministerien und den schleswig-holsteinischen Bundestagsabgeordneten vorgelegt. Deren Stellungnahmen bilden die Grundlage einer Abschlussdiskussion im kommenden Frühjahr.



Seit 1989 trifft sich die „Jugend im Landtag“ einmal im Jahr für ein Wochenende. Ein Teil der Teilnehmer wird von Jugendverbänden, Schülervertretungen und Jugendorganisationen der Parteien benannt, ein anderer Teil bewirbt sich direkt bei der Landtagsverwaltung.

# Bürgerpreis 2024 geht an Wildtierhelfer und das Projekt „Sanfte Pfoten“

„Tierisch. Menschlich. Partnerschaft von Mensch und Tier im Ehrenamt“: So lautete in diesem Jahr das Motto des Schleswig-Holsteinischen Bürgerpreises. Landtagspräsidentin Kristina Herbst als Schirmherrin und der Präsident des Sparkassen- und Giroverbands, Oliver Stolz, als Schirmherr überreichten Ende November in Büdelsdorf die Auszeichnungen.

Das Projekt „Sanfte Pfoten“ des Hospizvereins Dänischer Wohld im Kreis Rendsburg-Eckernförde erhielt den Bürgerpreis in der Kategorie „Alltagshelden“. Die Idee: Ehrenamtliche besuchen regelmäßig mit ihren Hunden Schwerkranke im Hospiz Gettorf. Der Preis in der Kategorie „U27“ ging an Finja Moos von der Wildtierhilfe Auenland in Mühlenbarbek (Kreis Steinburg). Sie kümmert sich um die Ernährung, Pflege und Aufzucht verletzter oder verwaister Wildsäugtiere, etwa Eichhörnchen, Feldhasen und Wildkaninchen. Ebenfalls in der Kategorie „U27“ wurde Milan Fahrenkrug von der Wildtierhilfe Schellhorn (Kreis Plön) ausgezeichnet. Gemeinsam mit seiner Mitstreiterin Mia Specht setzt er sich seit 14 Jahren für die Rettung von Wildtieren ein, beispielsweise von Schwänen, Bussarden, Rehkitzen, Waschbären und Igel. Alle Preisträger erhielten je 3.000 Euro. „Wir alle brauchen den gesellschaftlichen Zusammenhalt, das Miteinander, die Mitmenschlichkeit“, sagte Landtagspräsidentin Herbst. Die Partnerschaft von Mensch und Tier sei ein „Zusammenwirken von großer Bedeutung“.

Insgesamt waren neun Vereine, Einrichtungen und Projekte nominiert, die sich in den Bereichen Tier- und Artenschutz, Rettungstiereinsätze, Therapieangebote mit Tieren und Assistenztiere engagieren. Die weiteren Nominierten erhielten je 500 Euro. Außerdem wurde



Die Ausgezeichneten im Bereich „U27“ (Mitte): Finja Moos von der Wildtierhilfe Auenland und Sina Moos, die den Preis für die Wildtierhilfe Schellhorn in Vertretung von Milan Fahrenkrug entgegennahm. Links: Landtagspräsidentin Kristina Herbst, rechts: Sparkassenpräsident Oliver Stolz.

ein filmisches Porträt aller Ausgezeichneten produziert. Es wurden Geld- und Sachpreise im Gesamtwert von 32.500 Euro vergeben. Der Wettbewerb wird seit 2004 vom Landtag gemeinsam mit den schleswig-holsteinischen Sparkassen ausgeschrieben. Medien-

partner ist der NDR. Zum Bürgerpreis gehört traditionell auch der vom Landtag vergebene Demokratiepreis. Er wurde in diesem Jahr bereits im Mai an den ehemaligen Bundespräsidenten Joachim Gauck verliehen (s. **Landtagszeitschrift 02/24**).



Die „Alltagshelden“ (Mitte): Susanty Rehkopp, Friederike Boissevain und der Gettorfer Bürgermeister Marco Koch vom Hospizverein Dänischer Wohld. Links: Landtagspräsidentin Kristina Herbst, rechts: Sparkassenpräsident Oliver Stolz.

# Mehr gesellschaftliches Engagement durch ein Pflichtjahr?

**A**nfang November hat das Bundeskabinett den „Neuen Wehrdienst“ auf den Weg gebracht: 18-jährige Männer sollen demnach per Digital-Fragebogen Auskunft über ihre Wehr-Bereitschaft geben, Frauen können dies tun. Wer Interesse hat, Wehrdienst zu leisten, soll zu einem Assessment eingeladen werden. Wenige Tage zuvor hat ein hochkarätig besetztes Podium im Landeshaus auch über dieses Thema diskutiert. Angesichts einer wachsenden äußeren Bedrohung, eines Personalmangels im Pflegebereich und eines nachlassenden Engagements im Ehrenamt ging es um die Frage: Braucht Deutschland ein verpflichtendes Gesellschaftsjahr?

**Prof. Carlo Masala**, Lehrstuhlinhaber für Internationale Politik an der Universität der Bundeswehr in München, sprach sich gegen eine Dienstpflicht aus. Aber: Die Musterungspflicht nach schwedischem Vorbild könne ein Modell für die Bundeswehr sein: „In Schweden gibt es die Pflicht, sich mustern zu lassen. Wer sich für das Militär interessiert, kann sich im Alter von 16 Jahren bewerben, aber es werden pro Jahr nur 10.000 der besten Leute genommen.“ In Schweden sei es eine Ehre, zu den Besten zu gehören, so Masala.

Der Inspekteur der Deutschen Marine, **Vizeadmiral Jan Christian Kaack**, plädierte für eine Dienstpflicht, um dem Personalmangel bei der Bundeswehr zu begegnen. Junge Menschen würden sich kaum mit dem Militär auseinandersetzen, weil es im Alltag nicht präsent sei. Die Öffnung der Bundeswehr für in Deutschland lebende Menschen ohne deutschen Pass sei ebenfalls „nicht abwegig“, so Kaack. „Ich hätte mir eine solche Diskussion viel, viel früher gewünscht“, sagte der Vizeadmiral: „Wir haben keine drei Jahre Zeit für diese Diskussion“, die russische Kriegswirtschaft laufe auf Hochtouren.

Auch **Anette Langner**, Vorsitzende der Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtsverbände und Vorstandsvorsitzende des DRK-Landesverbandes, befürwortete eine Dienstpflicht, denn sie trage dazu bei, „den sozialen Zusammenhalt zu stärken“. Es biete sich die Chance, junge Menschen auf soziale Berufe aufmerksam zu machen. Die ehemalige SPD-Landtagsabgeordnete und Staatssekretärin rief dazu auf, auch Nichtdeutsche einzubeziehen. Dies sei ein Beitrag zur Integration.

**Prof. Sebastian Graf von Kielmansegg**, Inhaber des Lehrstuhls für Öffentliches Recht und Medizinrecht an der Uni Kiel, ging auf die juristischen Rahmenbedin-

gungen ein: „Die Aussetzung der alten Wehrpflicht wieder zurückzunehmen, wäre rechtlich kein großes Problem.“ Anders sehe es jedoch bei der Etablierung eines Gesellschaftsjahrs aus. „Eine Dienstpflicht neuen Zuschnitts sieht das Grundgesetz nicht vor“, so Graf von Kielmansegg. Dafür brauche es den Mut, die Verfassung zu ändern.

Er habe ein zwiespältiges Verhältnis zur Dienstpflicht, betonte **Reinhold von Eben-Worlée**, Vizepräsident der Unternehmensverbände Nord. Einerseits litten Wirtschaft, Bundeswehr und der soziale Bereich gleichermaßen unter dem Fachkräftemangel und stünden somit in Konkurrenz zueinander. Andererseits warnte er: „Wir müssen aufpassen, dass wir keinen Billiarbeitsmarkt etablieren.“ Es dürfe beispielsweise nicht sein, dass eine Krankenschwester durch einen jungen Menschen ersetzt werde, der sein Dienstjahr erfülle.

**Landtagspräsidentin Kristina Herbst** äußerte in ihrer Begrüßung die Hoffnung, ein Gesellschaftsjahr könne jungen Menschen Einblicke in die Bundeswehr oder in die Einrichtungen der sozialen Wohlfahrtsverbände bieten und damit die Berufswahl erleichtern – „dann haben alle Seiten profitiert“.



Lebhafte Diskussion im Schleswig-Holstein-Saal des Landeshauses (v. li.): NDR-Moderator Christopher Scheffelmeyer, Prof. Sebastian Graf von Kielmansegg, Reinhold von Eben-Worlée, Vizeadmiral Jan Christian Kaack, Anette Langner, Prof. Carlo Masala

# Siegfried Lenz: Heimatgefühl mit europäischer Dimension



Anlässlich des 20. Jahrestages seiner Ehrenbürgerwürde in Schleswig-Holstein und seines zehnten Todestages hat der Landtag das literarische Erbe von Siegfried Lenz mit einer szenischen Lesung und einem Podiumsgespräch gewürdigt.

Vor rund 180 Gästen skizzierte Landtagspräsidentin Kristina Herbst die enge Verbindung des Autors zu Schleswig-Holstein: „Als Dreizehnjähriger verbrachte Lenz neun Monate in einer Internatsschule in Kappeln. Der Zweite Weltkrieg endete für ihn in einem Kriegsgefangenenlager bei Witzwort in Nordfriesland. Nach Kriegsende lebte Lenz einige Jahre in Bargtheide im Kreis Stormarn und erwarb mit seiner Frau Liselotte Mitte der 80er-Jahre ein Ferienhaus in Tetenhusen im Kreis Schleswig-Flensburg.“ Lenz' Darstellungen hätten das Schleswig-Holstein-Bild seiner Lese-Gemeinde nachhaltig geprägt, so Herbst: „Und wir dürfen feststellen: zum Vorteil unseres Landes.“

In dem Podiumsgespräch, das von der NDR-Journalistin Harriet Heise moderiert wurde, wies der Literaturwissenschaftler Prof. Heinrich Detering darauf hin, dass der Roman „Heimatmuseum“ das Zentrum eines umfangreichen Komplexes im Werk von Siegfried Lenz sei, der sich mit den Beziehungen der Deutschen zu ihren Nachbarn beschäftige, mit deutscher Schuld und mit Möglichkeiten der Versöhnung. „Heimatmuseum“ ist nicht nur ein deutscher, sondern ein europäischer Roman“, sagte der Mitherausgeber der Werke von Siegfried Lenz.



Die Schauspieler Gesine Cukrowski und David Kross trugen in einer szenischen Lesung Passagen aus Siegfried Lenz' Werken vor. Cukrowski war in zahlreichen Theaterinszenierungen und in mehr als 60 Film- und Fernsehproduktionen zu sehen. Kross spielte neben Kate Winslet die Titelrolle in der Verfilmung des Weltbestsellers „Der Vorleser“. Mit Wurzeln in Schleswig-Holstein beziehungsweise in Polen brachten beide einen persönlichen Bezug zu der Lesung mit.

Christian Pletzing, Historiker und Direktor der Akademie Sankelmark, erläuterte, dass Siegfried Lenz im „Heimatmuseum“ die Geschichte seiner Heimat Masuren, eines Grenzlandes zwischen Deutschland und Polen, zeige: „Von beiden Ländern beansprucht, konnte selbst das im Roman beschriebene Museum nicht unpolitisch bleiben.“ Lenz wende sich gegen die politische Vereinnahmung der masurischen Kultur: „Das Erbe Masurens entzieht sich exklusiven Besitzansprüchen und kann so zur Grundlage neuer deutsch-polnischer Nachbarschaft werden“, betonte Pletzing.

Günter Berg, Vorsitzender der Siegfried-Lenz-Stiftung, unterstrich, dass Lenz von Anfang an ein politischer Schriftsteller gewesen sei. „Seine großen Romane handeln von Pflichtbewusstsein und moralischer Verantwortung während des Nationalsozialismus („Deutschstunde“) oder setzen ein Zeichen für die Überwindung von Nationalismus und eine gemeinsame, europäische Identität („Heimatmuseum“).“ Lenz' Plädoyer für Menschlichkeit, Verantwortung und die Auseinandersetzung mit deutscher Geschichte machten sein Werk unsterblich, so Berg.

Prof. Utz Schliesky, Staatsrechtler und Direktor des Schleswig-Holsteinischen Landtages, hob die Aktualität des Heimatbegriffs von Siegfried Lenz hervor. Die Gefahr des Missbrauchs von Heimat habe es zu allen Zeiten gegeben, aber man benötige Heimat für die Ausbildung der eigenen Identität. „Wir werden es in einer globalen, digitalen und dadurch entgrenzten Welt nur aushalten, wenn ein Heimatgefühl im Sinne einer inneren Einstellung zu einer bestimmten Region, zu einem bestimmten Ort möglich und anerkannt ist“, so Schliesky.



## Siegfried Lenz (1926–2014)

Lenz, in Ostpreußen geboren und in Hamburg gestorben, zählt zu den meistgelesenen Schriftstellern der deutschen Nachkriegs- und Gegenwartsliteratur. Für sein Werk wurde er mit zahlreichen Preisen ausgezeichnet. 2004 wurde er zum Ehrenbürger Schleswig-Holsteins ernannt. In seinem Roman „Heimatmuseum“ wird die Geschichte eines Museums in Masuren zum Kristallisationspunkt der politischen Entwicklungen von der Jahrhundertwende bis in die Nachkriegszeit. In der „Deutschstunde“ führt ein Schulaufsatz über „Die Freuden der Pflicht“ zur Auseinandersetzung eines Sohnes mit den Taten des Vaters in der NS-Zeit.



## Die Bibliothek des Landtages lädt ein

Die Landtagsbibliothek ist eine Service-Einrichtung für Abgeordnete und für Mitarbeiter aus Fraktionen und Verwaltung. Aber sie steht auch der Öffentlichkeit zur Verfügung. Interessierte Bürger sind im zweiten Stock des Landshauses herzlich willkommen. Dort stehen 25.000 Bände aus den Gebieten Recht, Politik, Verwaltung, Sozialwissenschaften, Geschichte und Landeskunde. Als Appetithappen stellen die Mitarbeiter der Bibliothek in dieser Serie Werke vor, die in den Räumen der Bibliothek eingesehen werden können. Interessiert? Die Bibliothek ist von Montag bis Freitag zwischen 8:30 Uhr und 12:00 Uhr sowie zwischen 13:00 und 16:00 Uhr geöffnet. Bitte bringen Sie Ihren Personalausweis mit. Weitere Informationen gibt es unter den Telefonnummern 0431/988-1110 und 0431/988-1111. Bei der Büchersuche hilft der Online-Katalog auf der Website des Landtages: [www.sh-landtag.de](http://www.sh-landtag.de), „Service“, Rubrik „Landtagsbibliothek“.



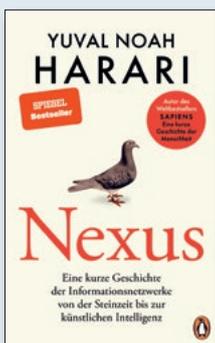
### Mühlhausen, Walter: Das Weimar-Experiment. Die erste deutsche Demokratie 1918-1933. Bonn: Dietz, 2019. 356 Seiten: Illustrationen

Weimar war Experiment, Aufbruch und Sprung in die Moderne. Die Geschichte der ersten deutschen Demokratie und ihr Ende ist komplex: War sie durch Fehler und Versäumnisse in der Gründungsphase zum Scheitern verurteilt, oder hatte sie bis zuletzt eine Überlebenschance? Der Darmstädter Historiker Walter Mühlhausen beschreibt eine von inneren Kämpfen zerrissene, äußerlich bedrängte und ökonomisch belastete Republik. Ein Blick auf das Scheitern von Weimar zeigt, wie fragil demokratische Ordnungen sind. Wenn der demokratische Grundkonsens nicht mehr von allen getragen wird, hat eine Demokratie keinen Ewigkeitscharakter.



### Vetter, Reinhold: Polen im 21. Jahrhundert. Angekommen im europäischen Gemeinwesen – oder unterwegs auf nationalistischen Sonderwegen? – Baden-Baden: Tectum Verlag, 2023. – VI, 248 Seiten: Illustrationen

Der Autor, Journalist und Osteuropa-Experte, beleuchtet die innenpolitische Entwicklung Polens unter der nationalkonservativen Regierung seit 2015. Er geht auf die Konflikte zwischen der EU und der polnischen Führung ein und analysiert deren Ursachen. Das Buch untersucht zudem die Besonderheiten der polnischen Verfassung und des politischen Systems, die Stärken und Schwächen der Wirtschaft und der Sozialsysteme, Polens Position in der EU und der NATO sowie die Haltung seiner Bürger zur parlamentarischen Demokratie.



### Harari, Yuval Noah: Nexus. Eine kurze Geschichte der Informationsnetzwerke von der Steinzeit bis zur künstlichen Intelligenz. München: Penguin Verlag, 2024. 655 Seiten

In „Nexus“, lateinisch für Verbindung oder Verflechtung, zeigt der israelische Historiker Yuval Noah Harari, wie der Informationsfluss die Welt geformt hat - von der Steinzeit über den Buchdruck bis zu den heutigen Fake News und dem beginnenden Zeitalter der künstlichen Intelligenz. Er erkundet, wie verschiedene Gesellschaften und politische Systeme Informationen genutzt haben, um ihre Ziele zu erreichen. Und er befasst sich mit den drängenden Entscheidungen, vor denen die Menschheit steht, „da nicht-menschliche Intelligenz unsere Existenz bedroht“.

Die Bücher können nicht beim Landtag erworben und nicht außer Haus ausgeliehen werden.

## Zeitschriften-Abo

„Der Landtag“ kommt zu Ihnen ins Haus – vier Mal im Jahr und natürlich kostenfrei! Wenn Sie die Landtagszeitschrift abonnieren möchten, wenden Sie sich bitte an:

Schleswig-Holsteinischer Landtag  
L 1415

Düsternbrooker Weg 70  
24105 Kiel

Tel.: 0431 988-1639

[bestellungen@landtag.ltsh.de](mailto:bestellungen@landtag.ltsh.de)

## Impressum

Die Präsidentin des Schleswig-Holsteinischen Landtages

Pressestelle, Düsternbrooker Weg 70,  
24105 Kiel

Frank Plaththoff (V.i.S.d.P.)  
Tel. 0431/988-1120,  
[frank.plaththoff@landtag.ltsh.de](mailto:frank.plaththoff@landtag.ltsh.de)

Karsten Blaas (Redakteur)  
Tel. 0431/988-1125,  
[karsten.blaas@landtag.ltsh.de](mailto:karsten.blaas@landtag.ltsh.de)

Niko Wasmund (stellv. Redakteur)  
Tel. 0431/988-1358,  
[niko.wasmund@landtag.ltsh.de](mailto:niko.wasmund@landtag.ltsh.de)

Michael Neubauer (stellv. Redakteur)  
Tel. 0431/988-1352,  
[michael.neubauer@landtag.ltsh.de](mailto:michael.neubauer@landtag.ltsh.de)

### Fotos:

Sönke Ehlers, Regina Baltschun, Michael August, Karsten Blaas, Detlef Ziep, Niko Wasmund, Michael Neubauer, Sophie Seidel, Archiv des Landtages, Landesarchiv Schleswig, dpa-Bildfunk, Sparkassen- und Giroverband SH/Frank Peter, Randomhouse-Verlag, Tectum-Verlag, J.H.W.-Dietz-Verlag, Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen/Uta Röpcke, Dreamstim/Flynt, FDP SH

### Konzept:

Stamp Media im Medienhaus Kiel,  
Ringstraße 19, 24114 Kiel,  
[www.medienhaus-kiel.de](http://www.medienhaus-kiel.de)

### Gestaltung, Layout:

AlsterWerk MedienService GmbH  
Billstraße 103, 20539 Hamburg

### Herstellung, Druck:

AlsterWerk MedienService GmbH  
Billstraße 103, 20539 Hamburg

### Bezug der Landtagszeitschrift:

(Abonnement und Versand kostenfrei)

Landtag Schleswig-Holstein,  
Ref. f. Öffentlichkeitsarbeit, L1415,  
Postfach 7121, 24171 Kiel,  
Telefon 0431/988-1639,  
(von 7:00 bis 12:00 Uhr),  
[bestellungen@landtag.ltsh.de](mailto:bestellungen@landtag.ltsh.de)

Die Zeitung wird auf umweltschonend  
hergestelltem, chlorfrei gebleichtem  
Papier gedruckt.

Redaktionsschluss dieser Ausgabe:  
12. Dezember 2024

Der Landtag im Internet:  
[www.sh-landtag.de](http://www.sh-landtag.de)

## Marc Timmer, SPD



geboren am 18. Januar 1972  
in Dülmen (NRW),  
wohnt in Husum, Jurist,  
verheiratet, zwei Kinder,  
im Landtag seit 2022

### Welches Erlebnis hat Sie dazu gebracht, in die Politik zu gehen?

„Kein spezielles Erlebnis. Mich hat die Wahrnehmung globaler Ungerechtigkeit politisiert. Die Erkenntnis, dass Wohlstand und Chancen nicht gleich verteilt sind und sich hieraus gesellschaftliche Verantwortlichkeiten ergeben, für die wir alle einstehen müssen.“

### Was ist Ihr Lieblingsbuch – und warum?

„Julio Cortázar, ‚Der Verfolger‘. Der intensive Schreibstil fasziniert mich. Und die dramatische Geschichte in Anlehnung an das selbstzerstörerische und von Genialität geprägte Leben und Schaffen von Charlie Parker.“

### Wen möchten Sie gerne persönlich kennenlernen?

„Jacinda Ardern, die ehemalige Premierministerin von Neuseeland. Mich beeindruckt ihr Mitgefühl und Verständnis. Sie hat sehr offen kommuniziert und dadurch politische Vorgänge nachvollziehbar gemacht. Ihr Rücktritt war menschlich berührend.“

### Welche drei Gegenstände nehmen Sie mit auf eine einsame Insel?

„Papier, Stifte und ein Satellitentelefon.“

### Was bringt Sie auf die Palme?

„Lügen, Rechthaberei und Arroganz derjenigen, die Zufälle des Lebens als eigene Leistung verbuchen. Leute, die es spannend finden, das selbst Gesagte von anderen als Echo zu vernehmen.“

### Was muss besser werden in Schleswig-Holstein?

„Ein gerechtes Bildungssystem muss die Grundlagen für unseren gesellschaftlichen Fortschritt und Wohlstand in Schleswig-Holstein legen. Dort sollte vermittelt werden, dass wir alle gemeinsam im respektvollen Austausch miteinander so viel mehr erreichen können.“



## Uta Röpcke, Grüne

geboren am 26. Mai 1965 in Bordesholm,  
wohnt in Wohltorf (Kreis Herzogtum Lauenburg),  
Kulturwissenschaftlerin M.A.,  
evangelisch, verheiratet, zwei Kinder,  
im Landtag seit 2022

### Welches Erlebnis hat Sie dazu gebracht, in die Politik zu gehen?

„Als mein zweiter Sohn geboren wurde, gab es in unserem Dorf im Hamburger Rand keine U3-Betreuung, keine verkehrsberuhigten Spielstraßen und keine gute Verkehrsanbindung. Ich wollte diese Missstände ändern und mich aktiv in die Ortsentwicklung einbringen. Deswegen habe ich mit einigen Nachbar\*innen und Freund\*innen 2009 den grünen Ortsverband Sachsenwald gegründet.“

### Was ist Ihr Lieblingsbuch – und warum?

„Da gibt es viele, als Kulturwissenschaftlerin kann ich mich unmöglich auf ein Lieblingsbuch festlegen. Aber das letzte Buch, das mich tief bewegt hat, ist der vierte und letzte Band des Klimaquartetts der norwegischen Schriftstellerin Maja Lunde, ‚Der Traum von einem Baum‘. Diese Serie zeigt gleichzeitig realistisch und dystopisch, wohin sich unsere Welt entwickelt, wenn wir uns politisch der Natur und dem Klimawandel nicht ernsthafter widmen.“

### Wen möchten Sie gerne persönlich kennenlernen?

„Die Künstlerin Marina Abramović, die mich mit ihren Performances immer wieder überrascht. Ich würde sie fragen, was sie dazu inspiriert.“

### Welche drei Gegenstände nehmen Sie mit auf eine einsame Insel?

„Hängematte, Musik und eine Flaschenpost: perfekt für Pressemitteilungen oder politische Botschaften ans Festland.“

### Was bringt Sie auf die Palme?

„Egoismus, Populismus und Empathielosigkeit.“

### Was muss besser werden in Schleswig-Holstein?

„Das Wetter.“



16 Kinder aus der evangelischen Kita „Hoppetosse“ in Kiel-Holtenau haben vor dem ersten Advent gemeinsam mit Landtagspräsidentin Kristina Herbst den traditionellen Weihnachtsbaum im Foyer des Landeshauses geschmückt. Als Belohnung gab es Kakao, Kekse und Mandarinen.

## Zu Besuch im Landeshaus



Kathrin Empacher vom Besuchsdienst des Landtages begrüßte Mitte November acht Experten für Leichte Sprache, darunter Menschen mit Lernschwierigkeiten. Die Gäste vom Netzwerk „capito Schleswig-Holstein“ bewerteten die gesprochenen Inhalte und die schriftlichen Materialien auf Verständlichkeit und Zugänglichkeit. Der Testlauf in Leichter Sprache erhielt ein positives Echo, und das Angebot soll bald in den regulären Veranstaltungsbetrieb übernommen werden.



Der ehemalige Landtagsabgeordnete und Bildungsminister Ekkehard Klug war einer der Redner bei der Gedenkstunde zum Volkstrauertag am 17. November. Der FDP-Politiker ist seit vielen Jahren Landesvorsitzender des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge. Das Gedenken an die Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft stand in diesem Jahr im Zeichen des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine.



Das dänische Königspaar, Frederik X. (vorne li.) und Mary (vorne re.), kam Ende Oktober als Teil des Staatsbesuchs in Deutschland auch nach Schleswig-Holstein. Ministerpräsident Daniel Günther (Mitte li.) empfing den hohen Besuch zusammen mit Ehefrau Anke (Mitte re.) an der Nordseite des Landeshauses und lud zu einem Besuch im gegenüberliegenden Gästehaus von Landtag und Landesregierung und zu einem Spaziergang an der Kieler Förde.



Lorenz Marckwardt (re.), Vorsitzender des Landesfischereiverbandes, und Ulrich Elsner, Küstenfischer aus Heiligenhafen, forderten Mitte November im Umwelt- und Agrarausschuss Änderungen am Ostseeschutzplan der Landesregierung: Wegen der geplanten Nullnutzungszonen sei ihr Berufsstand akut bedroht.



# Termine, Termine, Termine ...



## Sprechtage der Bürgerbeauftragten

Die Bürgerbeauftragte für soziale Angelegenheiten, Samiah El Samadoni, plant auch im Winter Außensprechtage, um Bürger vor Ort zu beraten. Geplant sind folgende Termine:

**Donnerstag, 2. Januar: Lübeck**

**Dienstag, 21. Januar: Heide**

**Donnerstag, 6. Februar: Lübeck**

**Dienstag, 18. Februar: Heide**

**Donnerstag, 6. März: Lübeck**

**Dienstag, 18. März: Heide**

Termine in **Lübeck** bei der Deutschen Rentenversicherung Nord, Ziegelstr. 150, 10:00 bis 15:00 Uhr.

Termine in **Heide** in der Kreisverwaltung, Stettiner Str. 30, 11:00 bis 15:00 Uhr.

Hinzu kommen die „Dienstleistungsabende“ in **Kiel**, Karolinenweg 1: **jeden Mittwoch** von 15:00 bis 18:30 Uhr. Zu den Terminen ist eine Anmeldung erforderlich.

Telefon: 0431/988-1240.

Weitere Termine sind nach Vereinbarung möglich.

**Aktuelles unter [www.sh-landtag.de](http://www.sh-landtag.de),  
Rubrik „Beauftragte“**

## Offene Besucherabende im Landeshaus

Die Öffentlichkeitsarbeit des Landtages lädt auch 2025 zum Offenen Besucherabend. An insgesamt 13 Montagen stehen der Plenarsaal und weitere zentrale Bereiche des historischen Gebäudes offen. Einige Führungen sind auf Plattdeutsch und werden vom Schleswig-Holsteinischen Heimatbund angeboten. Das Programm dauert gut eine Stunde und beginnt um 18:00 Uhr im Eingangsbereich. Voranmeldungen sind nicht erforderlich. Nur ihren Personalausweis sollten Gäste dabei haben. Aktuelles unter [www.sh-landtag.de](http://www.sh-landtag.de)

**Die Termine:** 27. Januar, 24. Februar, 3. März (op Platt), 31. März, 28. April, 26. Mai, 2. Juni (op Platt), 30. Juni, 28. Juli, 8. September (op Platt), 29. September, 24. November, 1. Dezember (op Platt)

## Das Highlight 2025

### Tag der offenen Tür am 13. Juli

Ein Termin zum Vormerken: Am Sonntag, den 13. Juli 2025, lädt der Landtag von 9 bis 18 Uhr wieder zum Tag der offenen Tür ins Landeshaus. Einmal in jeder Wahlperiode öffnet das Parlament seine Pforten und bietet ein buntes Programm aus Gesprächen, Information, Kultur und Unterhaltung. Zuletzt waren im Juni 2019 mehr als 20.000 Gäste dabei, unter dem Motto „Offenes Haus – Offene Demokratie“. Das Programm für 2025 ist derzeit in der Planung – alle Details folgen in den kommenden Ausgaben.